

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 9,00 Mark, monatlich 2,50 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingere. in der Post-Belastung-Preisliste für 1895 unter Nr. 7129.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfjährige Periode oder deren Raum 10 Pf., für Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Erstausgeber: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 11. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Arbeiter, Parteigenossen!

Bei der Wichtigkeit, welche die Umsturzdebatte im Reichstage

für die Parteigenossen wie für die gesammte Arbeiterschaft hat, lassen wir dieselbe in stenographischem Wortlaut als

Brochüre zur Massenverbreitung nach Art und Preis der „Zukunftstaatsdebatte“ herstellen.

Dieselbe wird im Laufe der nächsten Woche, je nach Umfang der Debatten, in ein oder zwei Heften zur Ausgabe gelangen.

Wir ersuchen unsere Genossen um ungekündete Aufgabe der Bestellungen, um die Höhe der Auflage bestimmen und die geehrten Besteller rechtzeitig in Besitz der Schrift setzen zu können.

Mit Parteigruß

Buchhandlung des „Vorwärts“, SW., Bentzstraße 2.

Die Debatte über die Umsturzvorlage.

Berlin, den 10. Januar 1895.

Seit den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts — seit Louis Philipp, der französische Bürgerkönig, das Bedürfnis empfand, seinen schlottrigen Thron durch Gesetzesparagrafen zu stützen, haben wir in Europa viele Umsturzvorlagen und viele Debatten über Umsturzvorlagen gehabt. Und wenn wir alle jene Debatten durchlesen, so finden wir, daß die „Gründe“ für die Umsturzvorlagen stets die gleichen gewesen sind — die Regierungen waren am Ende ihres Latens, sie konnten die Kritik nicht mehr vertragen, und wollten ihre Gegner durch Knebelung der Kritik mundtot machen. Nur die Namen der Gegner wechselten; es waren Demokraten, Republikaner, Demagogen, Kommunisten, Anarchisten, Sozialisten — wie vorher, zu den Zeiten der Bourbonen-Restauration der „Liberalismus“ die böse noire — der schwarze Mann — gewesen war.

Trotz dieser polizei-wachstumsmäßigen Monotonie und Nebereinstimmung aller Umsturzvorlagen und Debatten über Umsturzvorlagen unterscheidet die gegenwärtige Debatte im deutschen Reichstage sich von allen früheren in zwei hervorstechenden Punkten, auf die wir vor acht Tagen schon einmal flüchtig hindeuteten.

In allen früheren Fällen waren tatsächliche Anlässe vorhanden — Attentate, Verschwörungen, kurz:

über den Rahmen der Alltäglichkeit hinausreichende, mit dem Stempel enormer „Verbrechen“ behaftete Handlungen. Für die deutsche Umsturzvorlage giebt es keinen solchen Anlaß. In Deutschland ist kein Attentat, kein außerordentliches politisches Verbrechen, wenigstens nicht von unten verübt worden — im Gegenteil: Deutschland ist das einzige Land, das von derartigen Verbrechen frei geblieben ist. Und dies kann doch nicht den Gedanken der Umsturzvorlage eingestößt haben. Oder doch? Sollten wir in Deutschland an maßgebender Stelle Personen haben, die es dem deutschen Volk im allgemeinen und der deutschen Sozialdemokratie im besonderen als Verbrechen anrechnen, daß keine Verbrechen begangen worden sind, die zu einer bequemen Haß gegen ungeliebte Ideen benutzt werden können? Aber nein, eine so bodenlose Verworfenheit — für die sich allerdings mancherlei Neußerungen in der Presse, in Brochüren und in Reden ausführen lassen — dürfen wir auch nicht entfernt nur als möglich annehmen.

Bleibt also die Thatsache bestehen, daß die Umsturzvorlage und Umsturzvorlagen-Debatte keinen tatsächlichen Anlaß und Grund hat.

Die Umsturzvorlage ist die Ausgeburt einer Tendenz und sie richtet sich gegen Tendenzen — ihr Zweck ist die Massenerzeugung von Tendenzprozessen — die systematische Organisation des Tendenzprozesses gegen alle politischen Gegner der Gewalt-haber.

Damit kennzeichnet sich das sittliche Niveau der Umsturzvorlage und der Debatte über dieselbe. In keinem früheren Fall ist es so niedrig gewesen.

Und nun das geistige Niveau. Es drückt sich aus in zwei Namen: Nieberding und von Stumm. Wo früher die Thiers, die Guizot, die Metternich, die Genz, die Bismarck für Umsturzvorlagen eintraten — da sehen wir heute die plattesten Mittel-mäßigkeiten sich abquälen. Der neueste Reichskanzler bleibt schon im Hintergrund — sein peinliches Bemühen, zu hören, verräth, daß er der Debatte nur unvollkommen, wenn überhaupt, zu folgen im stande ist. Der neueste Justizminister hat in den drei ersten Tagen der Generaldebatte den Mund gar nicht geöffnet. Und erst am vierten Tage erging er sich in einer dürftigen Blumenlese bekannter Schablonenphrasen, nachdem er von dem Abgeordneten Munde l förmlich am Kollet in die Arena geschleppt worden war, und nachdem, — echt charakteristisch — der Herr Kriegsminister, als Verteidiger der Umsturzvorlage und Lobredner der schießenden Plinte und des handenden Säbels den Vortritt vor ihm, dem Justizminister, gehabt hatte.

So blieb auf den Schultern des Herrn Nieberding die ganze Last der amtlichen Vertretung dieser Umsturzvorlage. Und Herrn Nieberding's Schultern gehören nicht zu den tragfähigen.

Wahrhaftig, an Stoff zu ernsten Betrachtungen und Reden fehlt es einem deutschen Staatssekretär der Justiz

nicht. Der Glaube an die deutsche Justiz ist in den weitesten Volkskreisen so ins Wanken gekommen, daß es in der That des Schweiges eines Staatssekretärs der Justiz werth wäre, die Ursache zu untersuchen. Der schöne Satz: *Justitia fundamentum regnorum* — die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten: wird uns in der Schule gelehrt; und „Gerechtigkeit“ heißt gerechte Rechtspflege — eine Justiz, die sich mit der Gerechtigkeit und dem Rechtsgefühl des Volkes deckt. Mit dem Glauben an die Justiz ist das festeste Bollwerk des Staates gefallen; dieses Bollwerk wieder herzustellen — kann es eine brennendere Aufgabe für einen höchsten Justizbeamten geben? Doch hieran denkt Herr Nieberding nicht. Er hat es übernommen, eine Gesetzesvorlage zu recht- fertigen, die geeignet ist, unsere ganze Justiz „umzustürzen“ und den letzten Rest von Vertrauen in die Justiz zu vernichten.

Herr Nieberding faßt seine, allerdings sehr undankbare Aufgabe von dem Standpunkte des subalternen Polizeibeamten auf. Von tausend königlich preussischen Polizeilieutenants würden 999 ungefähre die nämlichen Reden gehalten haben, wie Herr Nieberding. Nicht ein originaler Gedanke, nicht eine originale Gedankenform, nicht ein Argument, das nicht schon unzählige Male heruntergeleiert worden wäre.

Dies für das geistige Niveau der Regierungs-vertreter des Umsturzgesetzes.

Und das geistige Niveau der Umsturzgegner im Plenum des Reichstages? Es ist dem am Regierungstisch gleich; ja vielleicht noch etwas tiefer. Es heißt Stumm. Herr v. Stumm ist ein Typus, und ähnlich wie Pastor Göhe, Lessing'schen Angeborenen, und andere Leute dieses Kalibers, sind solche Menschen als Typen um so bedeutender, je unbedeutender sie als Personen und Persönlichkeiten sind. Als Person, als Persönlichkeit ist Herr von Stumm ein Nichts — als Typus ist er der klassischste Repräsentant des deutschen Geldproleten: beschränkt, kleinlich, despotisch, jeder freihellen Regung todsüchtig, absolutistischer als ein russischer Zar.

Herr von Stumm kann keinen Sozialdemokraten sehen, ohne daß es ihm ergeht wie gewissen Lebewesen beim Anblick eines rothen Luchs. Mit dem Verstand ist es zu Ende —

Der Haß des Herrn von Stumm gegen die Sozialdemokratie ist wohl zu begreifen. Er entspringt nicht einer Kenntniß des Wesens der Sozialdemokratie. Für eine solche Kenntniß reichen die geistigen Fähigkeiten des Herrn nicht aus, der insolge mangelhafter, durch seine Geburt bedingter Erziehung mit einer Unsumme von Vorurtheilen behaftet ist, zu deren Ueberwindung ein ungewöhnliches Maß von Intelligenz nothwendig wäre. Sein Haß ist mehr instinkt-mäßig — und erklärt sich aus der dumpfen, von klarer Selbsterkenntniß allerdings noch sehr entfernten Ahnung, daß in einer Gesellschaftsordnung, die Jedem

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Am Exil.

48

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Das sind ja nette Republikaner, diese kleinen Macchia-velli's in Taschenformat! sagte Verdier, der René gegen Cayrolaz an den Abend, wo sie zu Dreien an ihrem gewöhnlichen Rendez-vous zusammen kamen, unterstüßte. Das interessiert sich für nichts! Das denkt nur an sich! Das hat weder Glauben noch ehrliches Wollen! Das ist zu allen Sklavendiensten bereit! Schwache, kraft- und geschlechtslose Wesen sind das! Eunuchen, die reinen Eunuchen! Man spricht von der Neuschaffung Frankreichs, zuerst müßten aber wieder Männer geschaffen werden!

Der brave Burche sah seit seiner Rückkehr wieder wohlher aus. Er dachte nicht daran, sich über sein eigenes Loos zu beklagen; er war so wenig ehrgeizig für seine Person. Man hatte ihm in einer höheren Schule keine Klasse anvertrauen wollen, weil seine Beredsamkeit und seine Ideen dort hätten Unheil anrichten können. Er hatte sich darüber weder gewundert noch betrübt. Doch war er erstaunt über einen Glücksfall. Ein französischer Diplomat, der für St. Petersburg ernannt war, ohne ein Wort russisch zu verstehen, hatte den ungewöhnlichen Einfall, die Sprache des Landes, in das man ihn schickte, zu erlernen, und Verdier, der ihm empfohlen worden war, gab ihm Unterricht für fünfzehn Franken die Stunde. Das war eine zweifelloser unsichere Erwerbquelle, aber sie genügte, um ihm vorläufig eine Unabhängigkeit zu sichern, und weiter verlangte er nichts. Er hatte es auch unternommen, Paris den

Puls zu fühlen, wie er sagte. Er ging hier- und dorthin, plauderte mit seinen ehemaligen Kameraden, mit den jungen Leuten, den Stellunglosen, die er im Café traf, und traurig kehrte er von diesen Entbedungsreisen in die Seelen seiner Zeitgenossen zurück.

Weißt Du, sagte er zu René, was die Geschichtsschreiber Frankreichs frappiren wird, wenn sie sich mit der jammer-vollen Epoche beschäftigen, in der wir unglücklicherweise leben? Das ist eine Abkühlung der französischen Seele. Man könnte beinahe glauben, daß die Sonne uns weniger Wärme spendet, daß wir der Eiszeit entgegengehen. Seit zehn Jahren ist das moralische Klima nicht mehr sehr warm. Aber wir waren doch noch nicht auf Null Grad gesunken. Heute, heute! Heute haben wir ja eine wahrhaft lappländische Kälte. Erfarrt, erfroren ist die glühende, hochherzige, enthusiastische Nation, die das Herz Europa's war! Und erstarrt wodurch? Durch die Furcht.

Cayrolaz versuchte einige leere Ausflüchte. Aber Verdier fuhr, ohne darauf zu achten, fort:

Ja, durch die Furcht. Namentlich die Furcht vor der aufsteigenden Demokratie. Eine feige, dumme Furcht, (wenn man daran denkt, daß die Demokratie schon vor hundert Jahren in neue Bahnen gelenkt hat. Heute nennt sie sich freilich republikanisch, verleugnet aber ihr Ideal, thut Buße für ihre Vergangenheit, stößt die Prinzipien ihrer Väter weit von sich, macht sich ganz klein und bescheiden, um die Monarchien Europas zu beruhigen. Wie erbärmlich! . . . Dann Furcht vor der Erkenntniß, Furcht vor der Wahrheit, Furcht vor dem Denken. Hören Sie unsere Moralisten, unsere Philosophen! Die einen gefallen sich in einem behaglichen und nicht kompromittirenden Dilettantismus, der bejagt und verneint, der sich Aller-weltsfreund nennt, der den Männern des Glaubens zuruft: Ich bin ein Vogel, seht meine Flügel, und den Männern

der Wissenschaft: Ich bin eine Maus; es leben die Ratten! Die andern flüchten sich unter den alten Mantel der Kirche, klammern sich an ihn fest, reden wie Gläubige, ohne es zu sein, bekreuzigen sich, wenn sie den Namen Voltaire's hören, knien vor Buffont, dem Hohenpriester der absoluten Monarchie, wagen es, die Denker aufzufordern, die Lehre, die sie für wahr halten, zu ver-schweigen aus Furcht vor den Folgen, die sie nach sich ziehen könnte. Ja, sie ist glänzend, unsere Epoche! Weiblich ist sie, bleichsüchtig, blutleer, ohne jeden Freimuth, feige, eine Freundin der Zweideutigkeit, der Kompromisse! Eine Epoche für alte Weiber beiderlei Geschlechts!

René sagte sich in seinen Momenten des Trübseins ganz ähnliche Dinge, aber seine eigenen Ideen, die hier von Verdier roh formulirt wurden, schienen ihm zu harte Anklagen auszusprechen.

Du siehst alles schwarz, sagte er. Und die Jugend rechnest Du nicht!

Die Jugend! erwiderte Verdier. Hast Du sie irgendwo gesehen, die Jugend? Ich suche sie noch immer. Mein Wort darauf! Wenn Jugend, Feuer, Energie, Enthusiasmus, kräftigen Willen bedeutet, so kenne ich nur uns. Was die Gelbschnäbel zwischen zwanzig und dreißig Jahren anlangt, so haben sie eine wunderbare Entdeckung gemacht. Sie sind der Meinung, daß man eines Tages sterben muß . . .

Cayrolaz unterbrach ihn: Ah! Von Zeit zu Zeit giebt es eben immer wieder Leute, die Amerika von neuem entdecken und Ehre und Nutzen daraus ziehen.

Dann deklamirte er mit Emphase: Wir werden alle sterben, sagte jenes Weib, dessen Klugheit die Schrift im zweiten Buch der Könige gepriesen hat.

seine Stellung nur nach Verdienst einräumt, ein Stumm sicherlich keine bevorzugte Stellung einnehmen würde. So weit reicht der Verstand des Herrn v. Stumm. Er reicht vielleicht sogar so weit, dem Herrn zu sagen, daß er in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, die er so heftig verteidigt, es höchstens zum Unteroffizier oder Hotelportier gebracht hätte, wäre nicht zufälliger Weise sein Unglück durch irgend eine mehr oder weniger wunderbare Fügung des Schicksals zu einem Monte-Christo-Schach gekommen. Daß Herr v. Stumm der Sozialdemokratie nicht grün ist, das kann uns hiernach nicht in Erstaunen setzen; das Erstaunliche ist höchstens, daß ein Mann von diesem geistigen Niveau selbst in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft eine Rolle zu spielen vermag. Da macht die Bourgeoisie in England, Frankreich, Amerika doch etwas höhere Ansprüche. Denke man z. B. noch so niedrig von einem Dupuy und französischen Konjunkten — so viel sieht doch fest, mit dem Hirn des einen Dupuy könnte man die Schädel von ein paar Duzend „Könige“ Stumm versorgen.

Dieser „König“ sucht verzweifelt nach dem Revolutions-Bazillus, den er durchaus vertilgen will. Das Revolutionärste bemerkt er in seiner Herzens-Einfalt nicht: daß er sich nicht abgeschlossen halten kann von der „gemeinen Menge“ — daß er gezwungen ist, an die Öffentlichkeit zu treten, und sich und sein geistiges und sittliches Maß im Lichte der Öffentlichkeit auszustellen. Die Öffentlichkeit ist der Tod der Gespenster und der Götzen. Unsere Zeit schafft zwar fabrikmäßig Gespenster und Götzen, allein sie tödtet sie auch ebenso rasch, und verdirbt ihnen den Nährboden, auf dem einzig sie gedeihen können.

So lange die Götzen sich in eine Pagode einschließen und das Volk — das profanum vulgus — hermetisch von sich absperrten — da konnten sie für höhere Wesen gelten, wie weiland der Dalai Lama. Allein in unserer demokratischen Zeit geht das nicht länger — die Götzen müssen unter die Menschen gehen, sie müssen den Menschen die Existenzberechtigung der Götzen zu beweisen suchen — und da sieht denn das gemeine Volk, daß diese Götzen nichts weniger sind als übermenschliche Wesen, und sehr häufig sogar recht unter menschliche. —

Herr Stumm hat als klassischer Typus des deutschen Geldproleten, des borniertesten Geldproleten der Erde, seine Rolle in dieser Debatte so gut gespielt, daß der zweite ernsthafteste Verteidiger, den die Umsturzvorlage im Reichstag gefunden hat, ihm zurufen mußte: „Ihre Rede wäre besser nicht gehalten worden!“

Dieser zweite Verteidiger war Herr v. Bennigsen. Doch er, der „große Staatsmann“ und Todtengräber der nationalliberalen Partei, der langjährige Zukunftsminister und jetzige Zukunftskönig in partibus fidelium — er hat sich doch über das Niveau Niederding-Stumm erhoben? Der Wille war gut, aber das Fleisch war schwach. Herr von Bennigsen fing sehr pathetisch an — er holte aus zu einem Adlersflug, allein der Adler war doch nur ein Papagei — die Flügel waren zu kurz und zu schwach und aus dem staatsmännischen Adlersflug wurde Papagei-Geschlatter. Herr von Bennigsen — und das ist sein Unglück — hat ein Gedächtnis und, trotz alledem, ein politisches Gewissen mit dünner Haut. Donnert er gegen den Umsturz, und ruft man ihm zu: „1866! Welfen-eid!“, so erinnert er sich seiner umstürzlerischen Vergangenheit, knippt zusammen wie ein Taschenmesser und plappert mit tonloser Stimme bekannte Gemeinplätze.

Zwei Seelen ach! wohnen in einer Brust, und keine läßt die andere aufkommen.

Nein — Herr von Bennigsen hat das geistige Niveau der Umsturzvorlage und Umsturzvorlagen-Debatte nicht gehoben. Und keiner wird es heben. Die Umsturzvorlage duldet das nicht. Der genialste Mensch, der die Umsturzvorlage verteidigen wollte, mußte sich dazu verstehen, auf ihr Niveau zu steigen. Und dieses Niveau ist niedrig.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Januar.

Aus dem Reichstage. Eine eingehende Würdigung der Debatten über die Umsturzvorlage, welche, wenn man die erste Beratung vor den Weihnachtsferien dazu zählt, bereits fünf Tage in Anspruch nimmt, wahrscheinlich auch den Sonnabend noch beanspruchen wird, finden die Leser in unserem Leitartikel. Wir können uns hier also auf ein paar Bemerkungen über den heutigen Verlauf der Debatte beschränken.

Eröffnet wurde dieselbe von dem Grafen Limburg-

Das zitiere ich aus Boffunt, meine Herren. Die Leute, welche diese Wahrheit wieder finden, scheinen doch sehr intelligent zu sein.

Verdier begann wieder:

Man möchte wirklich sagen, daß diese ganze verderbte Generation von dem Gedanken des Todes hypnotisiert ist. Sie sehen nur den Tod, predigen nur den Tod. Sie gehen nur in Krepp gehüllt einher, singen nur das da Profandis, wissen keinen anderen Rath als den: Brüder, der Mensch muß sterben. Wenn sie selbst noch darnach handelten, aber so dumm sind sie nicht! sie pflegen ihre schwächliche Persönlichkeit auf das sorgfältigste. Sie sind Selbstmörder, welche die anderen aufzudornen, den Sprung zu thun. Ihnen selbst genügt es, Liebe, Hingebung, Hoffnung und Lebenslust zu tödten.

Und darum, sagte Cayrolaz, ist „ich pfeife darauf“ der letzte Schrei der Tagesmode. Paßt das nicht am besten für diese wurmstichigen Birnen?

Verdier war einen Augenblick durch diese Schlussfolgerung aus dem Text gebracht worden. Nach einer Pause begann er von neuem:

Ich spreche nur von der Klasse, in der der Zufall uns geboren werden ließ. Ja, die Bourgeoisie hat sehr recht, wenn sie an die Décadence glaubt. Die Zukunft liegt anderwärts. Das Volk besitzt alles, was denen fehlt, die sich anmaßen, es zu leiten. Trotzdem hält man es hartnäckig unter Vormundschaft, beutet man es aus, bedrückt, vernichtet man es. Und darum muß man wollen, noch mehr wollen und immer wollen die soziale Revolution, eine Revolution, welche die alten Schranken zerbricht und eine neue Gesellschaft schafft, in der die Menschen endlich frei und glücklich sein werden, weil sie dann gleich sind.

Cayrolaz pffiff ironisch eine Melodie, in der man mit einigem guten Willen die Weise zu dem Text: Ich habe guten Tabak in meiner Tabakdose — erkennen konnte. Das war die einzige Melodie, die er jemals zu behalten und zu wiederholen vermocht hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Sturum, der namens der deutsch-konservativen Partei sprach. In der Form etwas weniger brutal, wie Stumm, erklärte sich der konservative Agitator für dieses und jedes weitere Anebelgesetz gegen die Arbeiter, wobei er natürlich nicht vergaß, nach neuen Liebesgaben für die Landwirtschaft zu schreien.

Für die Freisinnigen und die freisinnige Vereinigung sprachen Munkel und Dr. Barth recht wirksam gegen die Vorlage.

Bennigsen wiederholte heute seine bereits 1878 für das Sozialistengesetz gehaltene Rede wieder, die nur insofern schwächer ausfiel, als die Partei, deren Führer Bennigsen ist, gegen 1878 noch viel reaktionärer geworden ist.

Vom Bundesrathsbüchse aus griff mit ein paar Bemerkungen der preussische Justizminister und der — Kriegsminister in die Debatte ein. Letzterer suchte die Nothwendigkeit des § 112 (Soldatenschuß) darzutun, wobei er sich eines forciert herausfordernden Tones befleißigte. Die Rede war wohl mehr für eine gewisse Stelle außer dem Hause, als wie für den Reichstag bestimmt. Unserem Geschmacke hätte es deshalb mehr entsprochen, man hätte dem hohen und gesuchten Pathos, mit dem der Herr Minister seine Sätze hervorhief, Schweigen entgegengesetzt und hätte sich nicht zu erregten Zwischenrufen hinreißen lassen. Zu gewissen Aufführungen gehört der Chor, fehlt dieser, dann fällt das ganze Stück durch. —

Die Umsturzdebatte wird morgen (Freitag) fortgesetzt werden. Die nächsten Redner dürften Liebermann von Sonnenberg, ein Pole und Genosse Froh me sein. —

„Dem deutschen Volke“. Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt:

Ueber die an der Westseite des Reichstags-Gebäudes anbringende Inschrift laufen allerhand Mittheilungen durch die Presse, welche geeignet sind, irrige Vorstellungen zu verbreiten. Bekanntlich hatte der leitende Architekt in seinem Konkurrenzprojekt die Inschrift „Dem deutschen Volke“ gewählt. Bei der Ausarbeitung des Bauplanes ist die Absicht, eine solche Inschrift anzubringen, zunächst nicht weiter verfolgt worden; die Gestaltung der westlichen Fassade hat dabei mannigfache Veränderungen erfahren, und es war zeitweise von der Herstellung einer Inschrift überhaupt nicht mehr die Rede. Der Westportikus ist derjenige Theil des Baues, für welchen die Entwürfe zuletzt ausgearbeitet und festgestellt worden sind. Als in den endgültigen Zeichnungen wiederum Raum für eine Inschrift vorgesehen war, gelangte die Frage, mit welcher Inschrift der Raum ausgefüllt werden solle, alsbald in der Reichstags-Baukommission zur Verhandlung; es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, ohne daß einer derselben allgemeinen Anklang gefunden hätte. Man beschloß daher, die Entscheidung einstweilen noch auszuschieben. Eine neue Sitzung der Reichstags-Baukommission steht unmittelbar bevor, und in derselben wird auch die Inschriftenfrage auf der Tagesordnung erscheinen. Dies der einfache Hergang.

Wenn hier und da auch die Person seiner Majestät des Kaisers in die Erörterungen hineingezogen und behauptet worden ist, seine Majestät habe die Ausführung des Wallot'schen Vorschlags nicht zugelassen, so beruht dies auf leerer Erfindung. Die Entscheidung des Kaisers ist in dieser Frage noch nie angerufen worden, und eine allerhöchste Willensäußerung ist bisher nicht ergangen.

Auffallend wird es jedenfalls erscheinen dürfen, daß man sich über die Inschrift an einer der höchsten Stellen eines Baues erst dann einigen soll, wenn die Gerüste fortgenommen und der Bauschon in Benutzung gegeben wurde. Daß dies bei den Schildbürgern üblich gewesen sein soll, erzählt das Märchen, daß dies aber in der Hauptstadt des Deutschen Reiches beim Bau seines wichtigen Repräsentationspalastes thatsächlich der Fall ist, ist vom „Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger“ bestätigte Wahrheit. Man hätte sich also künstlich, über die Schildbürger zu spotten, falls man es nicht vorzieht, der Mittheilung des „Reichs-Anzeigers“ nur getheilten Glauben entgegenzubringen. —

Die Plinte, die schießt, und der Säbel, der hant — das sind merkwürdig einfache Mittel zur „Lösung der sozialen Frage“. Und da unsere Herren Staatsmänner in der Reichsregierung noch keine andere Lösung entdeckt haben, so funktionirte aus Seiten der Regierung heute mit Zug und Recht der Kriegsminister als Hauptverteidiger der Umsturzvorlage. Und der Herr Kriegsminister, der natürlich an sein Universalmittel glaubt, suchte die sozialdemokratischen Abgeordneten, deren „übergroße Vorsicht“ er „schneidig“ verspottete, hinaus auf die Straße zu kipeln, damit an der Sozialdemokratie eine militärisch-christliche Diversion vorgenommen werden kann.

Der Herr Kriegsminister mag ein recht „schneidiger“ Herr sein, und er scheint auch einiges schauspielerisches Talent zu haben, aber Menschenkenntniß hat er nicht und auch von der Diplomatie hat er nicht die leiseste Ahnung.

Sonst würde er zu Reichstags-Abgeordneten nicht so reden, wie es vor einer Gesellschaft von Lieutenants und Korpsbürgen im ersten Semester allenfalls am Platz wäre.

Die Regierung wird ihm schwerlich dafür dankbar sein, daß er seine, und vielleicht auch anderer Leute geheimsten Wünsche so unvorsichtig ausgeplaudert hat. —

Der Bundesrath überwies in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Gebäudesteuer dem III. und IX. Ausschuss. Der Entwurf einer Verordnung wegen des völligen Inkrafttretens der auf die Sonntagsruhe bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle vom 1. Juni 1891 wurde dem IV. Ausschuss überwiesen. —

Reichstags-Wahl. Die durch den Tod des Regierungspräsidenten Steinmann für den Reichstags-Wahlkreis Oestrich-Johannisburg erforderliche Nachwahl ist auf den 23. Februar anberaumt. —

Nachwahl zum Landtage. Aus Bromberg wird telegraphirt:

Bei der im 6. Wahlkreise des Regierungsbezirks Bromberg (Bongrowitz-Mogilno-Junin) stattgehabten Landtags-Wahl wurde nach amtlicher Feststellung Karl v. Szejanier (Volk) mit 226 von 336 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat v. Davier (kons.) erhielt 110 Stimmen.

Einen neuen Umsturz-Paragrafen haben die Nationalliberalen entdeckt und apporirtren ihn schneifwedelnd der Regierung: einen Paragrafen „gegen den Aktendiebstahl“. Der „Vorwärts“ soll keine Köller'schen und sonstigen Köller'schen (Notkoller'schen, Tropenkoller'schen etc.) Aktendiebstahl mehr veröffentlichen. Nun gut — dann fliegen die Blättchen ein paar Meilen weiter, über die deutsche Grenze hinweg und fallen auf einem schweizerischen, österreichischen, französischen oder englischen Redaktionsisch nieder. Und was haben die Köller'schen und Koller'schen dann gewonnen? —

Der „Sozialist“. „Es ist gelungen!“ hat sicherlich Herr Staatsanwalt Dr. Venedix ausgerufen. Dieser Staatsanwalt hätte schon vor Wochen in öffentlicher Gerichtsverhandlung die Hoffnung ausgedrückt, daß es bald gelingen werde, den „Sozialisten“ un sch ä d l i ch zu machen“. Wochenlang war das Blatt von der Polizei auf Anordnung der Gerichte in einer Weise verfolgt worden, für die vielleicht in Kulturländern die Beispiele fehlen, und diese Verfolgungen sind bis in die letzten Wochen hinein fortgesetzt worden. Hausdurchsuchung folgte auf Hausdurchsuchung, Nummer auf Nummer wurde konfisziert, Redakteur auf Redakteur, Expedient auf Expedient verhaftet. Die Geschäftsbücher, die Abonnentenlisten wurden weggenommen, sobald der Zeitung jeder geregelter Geschäftsverkehr unmöglich wurde. Vorhandene Manuskripte wurden vom Scherpsult weg beschlagnahmt, die Post gesperrt, eingehende Manuskripte wurden durch die Post zurückgehalten, die für Abonnement etc. eingehenden Gelder nicht ausgehändigt — alles, alles auf Anordnung der Gerichte.

Nun ist es gelungen! Die ebenfalls konfiszierte Nummer vom 5. Januar war die letzte des „Sozialist“. Es ist dem Blatt nicht mehr möglich, weiter zu erscheinen. Man sieht, es kann in Deutschland viel gemacht werden — auch ohne Umsturzgesetz.

Wir stehen in scharfem, prinzipiellem Gegensatz zu der politischen und wirtschaftlichen Richtung, die der „Sozialist“ verfolgte. Nichtsdestoweniger waren wir in letzter Zeit häufig genöthigt, Stellung zu nehmen zu den Angelegenheiten des „Sozialist“ und zu den beispiellosen Verfolgungen, denen das Blatt unterworfen wurde. Das Schicksal des Unglücklichen, des Verfolgten erweckt allemal Sympathie, aber nicht für die Machthaber, sondern für die Verfolgten. Das mögen sich die Herren merken, die über die Machtmittel des Staates verfügen und sie soeben gegen den „Sozialisten“ angewandt haben. Die gewaltthätige Unterdrückung einer vorhandenen Geistesströmung ist noch niemals gelungen und noch niemals von Segen gewesen. —

Daß die Reform des Militär-Strafprozesses verlagert ist, hält der Stuttgarter „Beobachter“ trotz des offiziellen Dementis aufrecht. —

Ueber den Fall Stadthagen, der zu den charakteristischsten Erscheinungen unserer Rechtspflege gehört, schweigt sich die bürgerliche Presse aus. Selbst des Registrars halten nicht allzu viele Zeitungen die Sache wert. Diese Erscheinung kennzeichnet den Niedergang unseres öffentlichen Lebens. Vor 30 Jahren hätte sich anlässlich eines solchen Falles ein Sturm erhoben, heute schweigt man still. Andererseits ist das Schweigen über den Fall Stadthagen auch ein Zeichen der weit vorgeschrittenen Klassenscheidung. Stadthagen ist ein Sozialdemokrat, und das Verhalten der Justizbehörden gegen ihn findet bei den Vertretern der heutigen Ordnung stillschweigend Absolution, weil dasselbe den Gegner der heutigen Ordnung trifft.

Was eine Zeitung, die ultramontane „Germania“, macht eine rühmliche Ausnahme. An unsere Ausführungen über den Fall Stadthagen knüpft sie die folgenden Bemerkungen:

Leider kann man nicht sagen, daß der „Vorwärts“ mit seinen Bemerkungen Unrecht hat. Die „bewußte Gebührensüberhebung“ ist nicht nur disziplinarisch, sondern auch strafrechtlich zu ahnden. Nun ist deshalb Stadthagen durch rechtskräftiges Disziplinar-Urtheil aus dem Rechtsanwaltsstande ausgeschlossen worden, der Disziplinar-Gerichtshof hat in seinen beiden Instanzen das Vorliegen einer bewußten Gebührensüberhebung festgestellt, aber das soll nun in den Augen der Staatsanwaltschaft den Herrn Stadthagen noch immer nicht „hinreichend verdächtig“ erscheinen lassen, sich einer vor den Zivilgerichten strafbaren Handlung zu schulden kommen zu lassen. Das begreife, wer es begreifen kann; ein Jurist, d. h. ein Vertreter des Rechts wird es nicht begreifen, und vom natürlichen Rechtsinn des gesunden Menschenverstandes wird es nicht verstanden werden, wie „zweifelt“ die Justizpflege sein kann. Wie wird es namentlich auf die Sozialdemokraten wirken, wenn nun noch schärfere und noch mehr beherrschbare Strafrechtsparagrafen auf sie angewendet werden sollen? Wie muß dieser Fall aber auch diejenigen Parteien zu ernstem Nachdenken auffordern, welche den Umsturzbestrebungen so weit als möglich fernsehen. Wenn schon die jetzige „Rechtsordnung“ im Deutschen Reich solchen Dingen — allerdings kommt dabei das Anklagenmonopol der Staatsanwaltschaft zunächst in Betracht — Raum gewährt, wie mögen dann erst neue Kaufschulparagrafen gegen jede Opposition „angewandt“ werden? —

Beschleunigung der Strafsachen. Der Justizminister hatte bekanntlich in einer an die Justizbehörden gerichteten allgemeinen Verfügung unter dem 14. Dezember angeordnet, daß nicht nur die ihrer Natur nach einer besondern Beschleunigung bedürftigen Haft- und Strafsachen, sondern überhaupt alle Strafsachen mehr oder weniger als Eilsachen zu behandeln seien, da dies die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität, das Interesse aller Beteiligten und der Strafzweck gebiete. Nunmehr hat, wie die „Nordd. Allgem. Fig.“ schreibt, das Ministerium des Innern durch Verfügung vom 29. Dezember auch die Polizeibehörden auf die Nothwendigkeit hingewiesen, daß die bezeichneten Sachen, insbesondere die von den Staatsanwaltschaften und Strafgerichten an sie gerichteten Ersuchen rasch erledigt werden müssen.

Wir sind begierig, ob die Erlasse den Erfolg haben werden, die Untersuchungshaft unserer Parteigenossen abzukürzen. —

Der Gerichtsstand der Presse. Man erinnert sich noch an die merkwürdige Verwirrung bei Staatsanwälten und Richtern betreffend den Gerichtsstand der Presse beim Fall Thüngen. Nun liegt ein ähnlicher bedenklicher Fall vor:

Das Ober-Landesgericht in München entschied in einer Verteidigungsklage eines Haffurter Beamten gegen die „Neue Bayer. Landes-Zeitung“, daß der belagte Redakteur vor dem Landgericht Schwemfurt, nicht vor dem Schwurgericht Würzburg zu erscheinen habe. Der Münchener Staatsanwalt erklärte: „Eine Zeitung ist wie ein Brief. Wohin sie geschickt wird, dort ist sie lagbar.“

Man sieht heraus wiederum, daß es in unseren Strafgesetzbüchern an Kaufschulparagrafen nicht fehlt. Uns kann es ganz recht sein, wenn dies anlässlich der Umsturzvorlage recht eindringlich nachgewiesen wird. Unseren Dank dafür dem Ober-Landesgerichte München! —

In Fuchsmühl herrscht, wie es nach den bekannten Vorfällen nur allzu begreiflich ist, immer noch starke Aufregung unter der dortigen Bevölkerung. Es sollen, wie

regierungsfromme Blätter berichten, wiederholt Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vorgefallen sein. Am 9. Dezember 1894 habe dortselbst in der Conrad'schen Wirtshaus eine Schlägerei stattgefunden, bei welcher mehrere auf dem freiherrlich v. Zoller'schen Lehensgute beschäftigte Arbeiter Verletzungen erlitten hätten. Anlaß zu der Schlägerei soll der Umstand gegeben haben, daß die verletzten Arbeiter durch die Anforderungen anderer Fuchsmühlere Arbeiter nicht bestimmen ließen, die Arbeit auf dem Lehensgute einzustellen. Ferner soll in der Nacht vom 1. auf den 2. Januar eine aus zwei Mann bestehende Gendarmerie-Patrouille, als sie durch den Ort Fuchsmühl kam, von mehreren Büschen mit Beschimpfungen und Verhöhnungen empfangen worden und hierauf von einer stets zunehmenden, theilweise auch aus weiblichen Personen bestehenden Menge verhöhnt, beschimpft und bedroht worden sein. Wie weit diese Schandthaten der bürgerlichen Blätter auf Wahrheit beruhen, muß abgewartet werden. Unbegreiflich wären Vorgänge, wie die obigen, bei der gereizten Stimmung, in der sich die Fuchsmühlere Bauern naturgemäß befinden müssen, jedenfalls nicht.

Das österreichische Parlament soll am 1. Februar wieder zusammentreten. Wir zweifeln daran, daß demselben sofort beim Zusammentritte die Wahlreform-Vorlage der Regierung zugehen wird. Wie falsch das österreichische Ministerium mit der Volksstimmung rechnet, geht aus einer Probebestimmung hervor, die ein Wiener Blatt von der Farblosigkeit des „Berl. Lokal-Anzeigers“ angestellt hat. Fast neun Zehntel der Abstimmenden, darunter zahlreiche Offiziere, Staatsbeamte, Professoren, Grundbesitzer erklärten sich für das allgemeine Wahlrecht. Die Regierung bleibt aber halbstarrig und wird bis zu ihrem Sturze das Volk mit Hebenarten hinhalten wollen.

Die ungarische Ministerkrise. Vor einigen Tagen schrieben wir, daß es dem König von Ungarn nach langen Verhandlungen gelungen ist, einen Ministerpräsidenten auszuwählen, daß aber die dazugehörigen Minister nicht zu haben sind. Graf Khuen-Hebervary, der in Aussicht genommene Ministerpräsident, hat auf die Bildung des Ministeriums verzichtet. Der König dürfte nun den Kandidaten der liberalen Partei und bisherigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, so ungern er es auch thut, mit der Bildung des Kabinetts beauftragen.

Bedeutungsvoll ist die Ministerkrise nicht bloß ihrer langen Dauer wegen, sondern vielleicht noch mehr deshalb, weil sie eine Parteiverschiebung zur Folge haben dürfte. Wenigstens schweben Verhandlungen zwischen der liberalen Partei und einigen kleineren Gruppen, so vor allem der Nationalpartei, zum Zwecke der Vereinigung. Dadurch würde die Regierungspartei über eine sehr starke drei Viertelmajorität verfügen, innerlich aber sehr geschwächt werden. Die leitenden Personen der liberalen Partei scheinen sich dem Plane vor allem deshalb zu widersetzen, weil die außerordentliche rednerische Begabung des Grafen Apponyi, des Führers der Nationalpartei sie in den Hintergrund drängen würde und weil sein Mangel an Konsequenz es ihm ermöglichen würde, bei der Krone bald zu ausschlaggebendem Einflusse zu kommen.

Verstaatlichung der Straßenbahnen im Kanton Bern. Aus Bern wird telegraphirt:

Der Große Rath nahm mit großer Mehrheit das Straßenbahn-Gesetz an mit dem Grundsatze, daß der Staatsbetrieb keinen Gewinn abwerfen, daß aber der Kleinverdienst ausschließlich zur Verbesserung des Betriebes und für den Unterhalt der Bahn verwendet werden solle.

Crispi's Demission wird wieder einmal angefündigt, doch ist die Bestätigung der Meldung abzuwarten. Aus Rom wird telegraphirt:

Man ist der Ansicht, daß Crispi nach seiner Rückkehr von Neapel, wohin er sich zur Vermählung seiner Tochter begeben hatte, demissioniren werde. Als Grund hierfür wird angenommen, daß Crispi ohne Vorwissen des Königs den Botschafter Reßmann von Paris abberufen habe.

Das verdächtige Geschenk des Königs der Belgier, der Kongostaat, dürfte den belgischen Steuerzahlern nicht erspart werden. Eine Depesche aus Brüssel meldet hierüber:

Die Frage der Annexion des Kongostaates fährt fort, die öffentliche Meinung zu beschäftigen. Ein hiesiges Blatt theilt mit, daß die Abgeordneten von Brüssel vor der Zustimmung der Regierungsvorlage eine eingehende Untersuchung der Lage des Kongostaates anzustellen beabsichtigen. Falls ihnen diese Untersuchung nicht gestattet werden sollte, so würden sie gegen die Vorlage stimmen. Andererseits wird behauptet, daß bereits 91 Abgeordnete ihre Zustimmung zu der Regierungsvorlage gegeben hätten.

Nun können sich die Belgier auf ebenso interessante Flottenpläne wie im Deutschen Reiche gefast machen.

Große Aufwendungen für die Marine will auch die englische Regierung dem Parlamente vorschlagen.

Eine anarchische Spindel-Jagdgeschichte wird aus London gemeldet. Ein französischer Polizei-Agent sei nach London geschickt, von dortigen Anarchisten entlarvt, mißhandelt und zu Gefängnissen gebracht worden. Da neun Zehntel der Londoner „Anarchisten“ Polizeispindel sind, handelt es sich hier nur um eine kleine Polizei-Komödie. „Geheimnisse“ haben die Lockspindel nicht zu vertragen; und das Treiben der anarchischen Lockspindel ist weltbekannt. In letzter Zeit herrschte unter den Londoner Spindel-Anarchisten allerdings eine fieberhafte Thätigkeit, allein das hing, wie uns aus sehr guter Quelle mitgeteilt wird, mit dem deutschen Umsturzesgehe zu sammen. Hier in Berlin wird man vielleicht einige Aufschlüsse darüber geben können.

Das serbische Parlament muß der Geldschwierigkeiten der Regierung wegen wieder einberufen werden. Die Kritik, die sich die serbischen Staatsmänner werden gefallen lassen müssen, dürfte demselben kaum angenehm in die Ohren klingen.

Vom Ungarn-Sternberg werden von Zeit zu Zeit die unglaubwürdigsten Sensationsnachrichten verbreitet; so wird der „Köln. Ztg.“ aus Lüttich telegraphirt:

Laut amtlicher Mittheilung hat der Bombenbaron Jabotowski im Petersburger Gefängnis einen Selbstmordversuch gemacht und schwebt in Lebensgefahr. Wer dieser Meldung wirklich Glauben schenkt, sollte aus den Geheimfonds der russischen Polizei eine Belohnung erhalten.

Wiel wahrscheinlicher klingt die folgende Meldung der „Voss. Ztg.“:

Eine bemerkenswerthe Enthüllung veröffentlicht heute das halbanthliche „Voss. Journ.“ Die russische Regierung hat der belgischen Regierung amtlich mitgeteilt, auf welche Weise der falsche russische Baron von Sternberg (Jagowski) verhaftet worden ist. Er wurde in Serbien in Lissa festgenommen. Obwohl zwischen Belgien und Serbien ein Auslieferungsvertrag besteht und Belgien 10 000 Fr. Belohnung für die Festnahme des Anarchisten ausgesetzt hatte, lieferte Serbien den Baron nicht aus, sondern schaffte ihn nach der türkischen Grenze, von

wo aus die Türken ihn als „Russen“ zu Schiff nach Odessa beförderten und an Rußland anliefereten. Da hat wohl russische Einfluß stark mitgespielt.

Daraus kann wohl jedermann die Bestätigung der Lockspindel-Eigenschaft des Ungarn-Sternberg herauslesen.

Die Schwierigkeiten Englands in Indien wehren sich. Heute liegt die folgende Depesche aus Calcutta vor: Der Mahar von Schitral Nizam-ul-Mulk wurde von seinem jüngeren Bruder Amir-ul-Mulk ermordet, welcher sich zum Mahar erhoben hat. Nizam-ul-Mulk verbannte seinen Thron den Engländern; durch die Ermordung Nizam-ul-Mulk wird die wichtige Frage der Grenzpolitik wieder aufgeworfen.

Vom chinesisch-japanischen Kriegsschauplatz liegen die folgenden Depeschen vor:

Yokohama, 10. Januar. Die japanischen Zeitungen veröffentlichen das Gerücht, daß der König von Korea ermordet worden sei. Nach einem anderen Gerüchte liegt derselbe an den Folgen eines epileptischen Anfalles darnieder. — Einheimischen Berichten zufolge leiden einige tausend Mann des ersten japanischen Armeekorps an den Einwirkungen des Frostes. — Die Bemühungen der koreanischen Regierung, eine innere Anleihe aufzunehmen, sind gescheitert.

Hiroshima, 10. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Nach einer Depesche des Generals Rodzu aus Schugan vom 8. d. M. hat sich die chinesische Truppenmacht, welche der dritten japanischen Division im Westen gegenüberstand, nach Kofan zurückgezogen; hingegen ist die Vorhut der Chinesen mit 2 Kanonen in der Nähe von Hiau-Zang bis Kanseno vorgezogen. Der Rest der Division steht einige Meilen nordöstlich des von den Japanern besetzten Haisching. —

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission hat sich in ihrer ersten Sitzung gestern zunächst mit Wahlen beschäftigt, über welche in der vorjährigen Session Erhebungen beschlossen worden sind. Das Ergebnis dieser Erhebungen war zunächst, daß die Wahl des Abgeordneten Pichler (Passau, Niederbayern) für ungültig erklärt wurde. Pichler war nur mit wenigen Stimmen Mehrheit gegen den Kandidaten des Bauernbundes und den Sozialdemokraten gewählt worden. Diese Mehrheit ging verloren, da die Erhebungen bestätigten, daß eine Anzahl von Wählern ihre Stimmen abgegeben haben, die Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten haben.

Aus Gründen, die nicht auf die betheiligten Parteien oder deren Kandidaten, sondern auf grobe behördliche Verstöße zurückzuführen sind, mußten weiter die Wahlen der Abgeordneten Greiß (Köln-Stadt) und Weist (Köln-Neustadt) für ungültig erklärt werden. Dem klaren Wortlaut des Gesetzes entgegen, wonach die Reichstags-Wahlkreise nur durch ein Gesetz abgeändert werden dürfen, sind nämlich bei einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen solche Änderungen auf dem Verwaltungswege vorgenommen worden. Das geschah in Köln, indem die inkommunalisierten Gemeinden dem Landkreise ab- und dem Stadtkreise zugelegt wurden. Es handelte sich dabei um über 14 000 Wähler. Ebenso wurde die Gemeinde Somborn dem Kreise Eberfeld zugeheilt, während sie früher mit Krenn-Weismann stimmte. Da in beiden Kreisen Stichwahlen stattfanden, die Stichwahlkandidaten aber gewechselt hätten, wenn die, gegen das Gesetz, den Kreisen zugeheilten oder abgezweigten Bezirke ausgeschieden gewesen oder mitgewählt hätten, so kam die Kommission zu dem Entschiede, die beiden Wahlen zu kassiren.

Es wird Aufgabe der Regierung sein, dafür zu sorgen, daß die Abgrenzung der Wahlkreise dem Gesetze entsprechend erfolgt. Die Wähler, wie die betroffenen Parteien haben ein Recht, zu verlangen, daß ihnen nicht durch den Schiedsrichter einzelner Behörden Ungelegenheiten und unnütze Kosten verursacht werden.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstags hat sich konstituiert. Der Vorstand besteht aus den Herren Dr. v. Bennigen als Vorsitzenden, Dr. Hammacher und Dr. v. Marquardsen als stellvertretenden Vorsitzenden, und den Herren v. Verba, Dr. Böttcher, Dr. Bäcker, Dr. v. Camp, Dr. Osann als Mitgliedern.

Parteinachrichten.

Achtung, Parteigenossen! Wie bekannt, wird im Reichstage jetzt ein Gesetzentwurf beraten, durch dessen Annahme das arbeitende Volk um seine schon so fargen Rechte gebracht und der Willkür Thür und Thor geöffnet würden. Jede noch so sachliche Kritik, ja jedes Aufsehen gegen die Bedrückungen des Unternehmertums würde, als gegen das geheiligte Eigenthum gerichtet, unter Strafe gestellt werden. Die Organisationen der Männer sowohl wie die der Frauen würde zerstört sein, ohne daß die Behörden dieselben aufzulösen brauchten. Die schlimmsten Gesetze können zwar die durch die Kulturentwicklung bedingten Fortschritte nicht aufhalten, sie können jedoch den Kampf ungemein erschweren und die Zahl der Opfer unendlich vermehren.

Heute Abend werden Volksversammlungen von unserer Partei abgehalten, in welchen diese Umsturzvorlage eingehend besprochen wird. Die Frauen-Agitationskommission hält es nicht für angebracht, gegen diese Umsturzvorlage besondere Frauenversammlungen einzuberufen, weil sie der Meinung ist, daß das Interesse der Frauen an dieser Vorlage kein anderes als das der Männer ist. Sie fordert daher die Frauen an, in den Versammlungen recht zahlreich zu erscheinen, um kund zu thun, daß sie neue Bedrückungen und Knechtungen nicht ruhig hinnehmen wollen, sondern gesonnen sind, verständnißvoll, mit Kraft und Ausdauer ihnen entgegenzutreten. Deshalb seid alle auf dem Posten! Die Frauen-Agitationskommission.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden ersucht, behufs schneller Erledigung aller Partei-Angelegenheiten sich direkt an die Vertrauensleute zu wenden. Die Adressen sind: für den Westen Otto Görke, Wilmersdorferstr. 46 IV.; für den Osten Hugo Klitz, Pestalozzistr. 63 part.

Dem Bericht des Vertrauensmannes von Duisburg, den derselbe in einer öffentlichen Parteiversammlung gab, entnehmen wir, daß in der Zeit vom 7. März 1894 bis 1. Januar 1895 6 öffentliche Volksversammlungen und 8 Parteiversammlungen stattgefunden haben. Die Einnahme in dieser Zeit betrug 594,06 M., die Ausgabe 513,07 M., mithin ein Restbestand am Schlusse des Jahres von 80,99 M. — In derselben Versammlung wurden als Delegirte zu dem am 20. d. M. in Duisburg stattfindenden Provinzial-Parteitag die Genossen Kahl, Sonntag und Brüggemann gewählt.

Wohlfahrtserhebung. Die Kasseler Genossen hoben den Boykott über die Benzelsche Brauerei auf, da ihnen der Saal, der das Streitobjekt gewesen, nun zu Versammlungen freisteht.

An der Parteikonferenz der ersten Naussaischen Wahlkreise Höchst-Uffingen nahmen theil 26 Delegirte und 10 Vertrauensmänner aus 15 Orten. Anwesend waren außerdem Reichstags-Abgeordneter Brähne und Dr. Quaril aus Frankfurt. Ueber den ersten Punkt „Die allgemeine politische Lage und der Kampf gegen den Umsturz“ sprach Genosse Brähne unter großem Beifall der Anwesenden. — Der Kreis-Vertrauensmann Genosse Sauer

konnte berichten, daß die Agitation eine sehr lebhaft gewesen sei. Birta 4000 Schriften dazu habe der Parteivorstand gratis geliefert, 2000 wurden auf Kosten des Kreises hier hergestellt. Außerdem wurde die Reichstags-Rede des Genossen Brähne in circa 1000 Exemplaren gedruckt und vertheilt. Die für vergangenen Herbst geplant gewesene Agitationstour soll im Frühjahr dieses Jahres ausgeführt werden, wenn die Kreismittheilung vervollständigt ist. Außer obigen, der „Volksstimme“ und dem „Wahren Jakob“ sind Steuern und Gerichtsvollzieher die besten Agitatoren für unsere Sache bei der Landbevölkerung. Die Maßfeier wird und soll auch in immer größerem Umfange begangen werden. An Briefen wurden 209, an Postkarten 33 geschrieben. Die Einnahmen betragen: 1884,51 aus Beiträgen, Kolportageüberschuß 324,17 M., zusammen 1708,68 M. Die Ausgaben betragen sich auf: insgemein 1115,25 M., Kolportageausstände 453,80 M., zusammen 1568,64 M. Der Restbestand ist also 139,05 M. Genosse Sauer wurde, nachdem er unter Bravo! erklärt hatte, gerade „angehts des kommenden Sturmes“ den Posten wieder auf ein Jahr übernehmen zu wollen, einstimmig nengewählt, nachdem ihm auf Bericht der Revisoren Entlastung erteilt war. — Der Antrag, hundert Mark aus der Parteikasse dem Parteivorstand zu überweisen, wurde angenommen. Die Tagesordnung war damit erledigt.

Ein sozialdemokratischer Verein für den achten sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Pirna, Sebnitz etc.) wurde am vergangenen Sonntag in Pirna gegründet. Der früher dort bestehende sozialdemokratische Arbeiterverein hatte sich zu Gunsten des neuen Vereins aufgelöst und ihm sein Vermögen zugesprochen. Möge das neue Glied in der Kette der Kämpfer erfolgreich wirken.

Von den Verhandlungen des Parteitags der beiden Mecklenburg ist noch nachzutragen die Aufstellung der Kandidaten. Aufgestellt wurden im 1. Wahlkreis Genosse Sey-Gästrow, im 2. Wahlkreis Genosse Groth-Rostock, im 3. Wahlkreis Genosse Köhnelburg-Hamburg, im 4. Wahlkreis Genosse Randt-Rostock. Offen bleiben demnach noch die Kandidaturen des 5., 6. und des 7. Wahlkreises. — Bezüglich des Kreises, in dem bisher Genosse Dr. Lütgenau die Kandidatur inne hatte, wurde man sich nicht einig, ob man Dr. Lütgenau angesichts der Thatsache, daß er wahrcheinlich im Kreise nicht mehr selbst agitatorisch thätig sein könne, die Kandidatur weiter belassen wolle; die Erledigung wurde den Vertrauensleuten übertragen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Breslauer Polizeibehörde antwortete auf eine Beschwerde, die unsere Parteigenossen wegen Ausweisung der Frauen aus einer öffentlichen Versammlung erhoben hatten, durch folgendes Schreiben: „Auf die Eingabe vom 18. Dezember eröffne ich Ihnen, daß die von dem Polizeikommissarius Sommer in der am 16. desselben Monats in der „Villa Liebig“ abgehaltenen Volksversammlung gestellte Forderung zur Entfernung der anwesenden Frauenpersonen gerechtfertigt war. Die erwähnte Versammlung war, wie aus hier bekannten Umständen und Ermittlungen unzweifelhaft hervorgeht, thatsächlich nicht anders als eine Versammlung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins für Breslau und Umgegend, in der politische Gegenstände zur Erörterung gelangt sind. Frauenpersonen durften an derselben daher nach § 8 Absatz 3 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 nicht theil nehmen. — Die Polizei hat sich da die Beweisführung äußerst leicht gemacht. Hoffentlich werden unsere Genossen sich damit nicht zufrieden geben.“

Dem Genossen Gloger in Glatz war von einem Gendarmen verboten worden, Eintrittsgeld zu einer Versammlung zu erheben. Auf eingelegte Beschwerde hin entschied die Breslauer Regierung, daß die Sammlung zu gestatten sei, da sie nicht unter den Begriff „verbotene Kollekte“ falle.

Soziale Uebersicht.

Die Militärkapellen haben den Zivil-Berufs-musikern seit langem Veranlassung zu Klagen gegeben. Seit Jahren petitionirten die Zivil-Berufsmusiker um Einschränkung der empfindlichen Konkurrenz, die ihnen von den ersteren gemacht wird. Dieser Tage ist nun an sämtliche Truppenteile eine kaiserliche Kabinettsordre erlassen worden, welche verfügt, daß Militärmusiker beim Spielen zu öffentlichen Tanzvergnügen ihre Uniform nicht tragen dürfen. Ausnahmen sollen den Regimentskommandeuren vorbehalten bleiben. Diese Ausnahmen beziehen sich, wie der Kriegeminister in seiner Verfügung angeht, namentlich auf Festlichkeiten der Kriegervereine.

Als Maßstab für den vorhandenen Nothstand kann sicherlich die Abnahme des Fleischverbrauchs gelten. Aus der Umgegend von Berlin berichteten wir vor einiger Zeit, daß vielfach Hundefleisch als Ersatz für Rindfleisch genossen wird. In Halle a. S. ist, wie das „Volksblatt“ mittheilt, der Fleischverbrauch im Monat Dezember wesentlich zurückgegangen gegen den gleichen Monat im Vorjahre. Das Verhältnis stellt sich wie folgt:

	1898	1894
Ochsen und Küllen	194	169
Rühe und Färsen	405	363
Rälber	1412	996
Schafe	1033	949
Schweine	2737	2113
Pferde	88	67

Man braucht nur das durchschnittliche Schlachtgewicht der vorgenannten Thierarten sich zu vergegenwärtigen, um zu erkennen, wie außerordentlich stark der Winderverbrauch gewesen ist. Und dabei zeigte schon der Dezember 1898 keinen besonders starken Verbrauch.

Vom „Zegen des Bergbaues“ merken die Bergleute, deren fleißige Hände das Gabelmetall erst zu Tage fördern, zwar recht wenig; um so ergiebiger schüttet sich das Füllhorn aus über den Bergbau der Krüge, wenn diese hoch im Kurse stehen und der Bergbau extrareich war. Von den Krügen des Mansfelder Silberbergwerks besitzt die Stadt Leipzig hienlich 7000 Stück. Diese brachten ihr in den Jahren 1887—92 rund 2 1/2 Mill. Mark Dividende, kommt auf jedes Jahr fast eine halbe Million. Durch das Fallen der Silberpreise und durch andere Unfälle ist in den letzten beiden Jahren keine Dividende herausgesprungen, doch erhofft man von den nächsten Jahren ein wesentlich besseres Ergebnis. Es muß den Mansfelder Bergleuten ein erhebender Gedanke sein, durch ihrer Hände Arbeit den Leipziger Pfefferkäden das Steuerzahlen zu erleichtern. Gewiß werden sie willig Noth leiden, wenn sie nur wissen, daß es den Leipziguern gut geht.

Die Weltausstellung in Chicago in amtlicher Beleuchtung. Der vom Reichskommissar erstattete amtliche Bericht über die Weltausstellung in Chicago ist soeben erschienen. Nach dem „Reichs-Anzeiger“ umfaßt das Werk zwei Bände von zusammen 1600 Seiten und zerfällt in zwei Haupttheile, von denen der erste, im Reichskommissariat bearbeitete, einen allgemeinen Ueberblick über den Verlauf des Ausstellungs-Unternehmens giebt, während der zweite Theil 47 Einzelabhandlungen über sämtliche auf der Ausstellung vertretenen gewerblichen Gebiete des Gewerbesleibes enthält. Diese Einzelabhandlungen sind von den Fachkundigen verfaßt worden, welche als Vertrauensmänner der betreffenden Industriezweige behufs Wahrnehmung des Preisrichter-Amtes oder des Studiums halber die Ausstellung besucht haben; sie bringen in ihrer Mehrzahl außer der Beschreibung der auf der Ausstellung dargebotenen Erzeugnisse namentlich eingehendere Schilderungen der amerikanischen Pro-

duktionen, wagen die Vorzüge und Nachteile der in der alten und neuen Welt zur Anwendung kommenden Methoden gegeneinander ab und wollen auch sonst dem Produzenten wie dem Exporteur Fingerzeige bieten. Mit Bezug auf die landwirtschaftlichen Gewerbe enthält der Bericht Einzelabteilungen über landwirtschaftliche Erzeugnisse, landwirtschaftliche Maschinen, Gartenbau, Weinbau, Obstbau, Pferde-, Rindvieh-, Schaf- und Schweinezucht, Forstwirtschaft und Fischerei. Ferner sind das Berg- und Hüttenwesen, der Maschinenbau und das Verkehren durch zehn Artikel vertreten, während dem Kunstgewerbe deren vier gewidmet sind, welche die namhaftesten Zweige, so die Möbelindustrie, die Keramik, die Edelmetall- und sonstigen Metallarbeiten, die Glasindustrie, Kunstweberei und die feineren Lederwaren behandeln. Von den übrigen Industriezweigen werden namentlich die chemische, die Textil-, Spielwaren-, Leder- und Papierindustrie, die Photographie, die Mechanik und Optik und die Elektrotechnik berücksichtigt. Außerdem haben das Buchgewerbe mit seinen Nebenindustrien, das Unterrichtswesen, die bildende Kunst und die Architektur, der Wasserbau und die Frauenarbeiten eine eingehendere Besprechung gefunden.

Gewerkschaftliches.

Sämtliche Seher der Firma Schermer in Ritzheim N. N. haben die Arbeit niedergelegt, weil die Druckereibesitzer ihre berechtigten Forderungen abgelehnt haben. Die Forderungen, die die Gehilfen gestellt, waren folgende: 1. Annahme und Anerkennung des Tarifs vom Jahre 1875 in allen seinen Einzelheiten. 2. Inanspruchnahme des Tarifs 1890 betr. Annahme und Durchführung, sobald besser bezahlte Arbeiter Eingang gefunden haben. 3. Genehmigung der Wahl und Bestimmung einer Offizial-Tarifkommission durch die Gehilfen und deren Anerkennung. 4. Aufhebung des Zwangsverhältnisses der einheimischen Mitgliedschaft der hier stehenden Gehilfen zum Gutenbergs-Bunde. 5. Genehmigung des Gewerkschafts betr. Auszahlung des Lohnes Sonnabends von 6-7 Uhr. Die von den Gehilfen gewählte Kommission von 4 Mitgliedern wurde vom Chef zu einer Verhandlung eingeladen. Nach dreitägiger Debatte verpflichtete sich der Chef, die Forderungen der Gehilfen in seinen Einzelheiten anzunehmen und dies durch eigenhändige Unterschrift zu bestätigen. Die Gehilfen schickten jedoch nicht entgegen und der Kommission gleich der verbliebende Bescheid gegeben, daß er sich dazu nicht verpflichten könne und auch nach reiflicher Ueberlegung erwogen habe, sein gegebenes Versprechen wieder zurückzuziehen. Auch eine nochmalige Verhandlung hatte keinen anderen Erfolg und so beschloßen nun die Gehilfen, die Arbeit gemeinsam sofort niederzulegen, was nunmehr am Mittwoch, den 9. d. M., geschehen ist. Es sind insgesamt 23 Schriftsetzer ausständig. Die Firma wird versuchen, namentlich Berliner Seher anzuwerben. Hoffentlich werden sich aber keine Kollegen finden, welche zum Streikbündel werden wollen. Etwas Sendungen sind an den Vorsitzenden der Streikkommission, Herrn Schriftsetzer Stabrin, Streiklokale „Restaurant zur Linde“, zu richten.

Die Metallarbeiter Westfalens hielten am 8. d. M. eine Konferenz in Dortmund ab. Anwesend waren 17 Delegierte aus 17 Orten. Die Debatte erstreckte sich auf die Agitation, Herbergswesen, Reise-Unterstützung. Man beschloß, eine dreigliedrige Agitationskommission zu wählen, die ihren Sitz in Dortmund hat. In Bezug auf die Reise-Unterstützung gelangt eine Resolution zur Annahme, die dem nächsten Verbandstage empfiehlt, die Reise-Unterstützung nur in der Herberge der Gewerkschaften auszugeben und das Schlafgeld gleich abzugeben, um die Wanderer von den christlichen Herbergen fernzuhalten. Einige weitere unwesentliche Anträge werden dem Verbandstage überwiesen.

Achtstundentag. Die Bergarbeiter in Birmingham beschließen die Einführung des Achtstundentages auch in veränderter Form anzunehmen. Die Durchführung dieser Bill soll mit allen Mitteln für diese Session erstrebt werden.

Durch den Streik der in der Küstenfahrt beschäftigten Verleger und Seeleute ist der Verkehr in dem Hafen von Buenos Ayres vollständig lahmgelegt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 10. Januar 1895, nach M. 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom bisherigen Vorsteher Dr. Langerhans mit dem üblichen Neujahrswunsch eröffnet, in den der Vorsteher die Erinnerung an das 25jährige Jubiläum des Rathhausbaues verknüpft.

In der heutigen Sitzung, der ersten im neuen Jahre, hat die Neuwahl des Vorstandes, der ständigen und speziellen, noch mit Arbeiten besetzten Ausschüsse, sowie die Beschlussfassung über eine Reihe von Formalien stattgefunden.

Nachdem Stadtv. Mich als ältestes Mitglied den beiden Vorstehern für ihre Anteführung den Dank der Versammlung ausgesprochen und letztere denselben durch Erheben von den Eichen bekräftigt hat, wird zunächst die Wahl des Vorstehers vorgenommen. Auf Vorschlag des Stadtv. Spinola erfolgt die Wahl durch Akklamation. Dr. Langerhans wird unter allseitigem Beifall einstimmig gewählt und nimmt die Wahl mit Dank an.

Gegen die Wiederwahl des Vorsteher-Stellvertreters Michiel durch Akklamation, wie sie vom Stadtv. Herms vorgeschlagen wird, erhebt Stadtv. Wernau Widerspruch. Es muß daher zur Jettelwahl geschritten werden.

Die Wahl fällt auf den Stadtv. Michiel, der 93 Stimmen erhält; 9 Stimmen zerplittern (davon lauten 8 auf Stadtv. Singer), 3 Jettel sind unbeschrieben.

Die bisherigen Beisitzer und Beisitzer-Stellvertreter werden wiedergewählt.

Auch für das Jahr 1895 sollen die ordentlichen Sitzungen der Versammlung am Donnerstag von 5 Uhr ab stattfinden. Die Ausschüsse werden in ihrer bisherigen Zahl und Zusammensetzung auch für 1895 bestätigt.

Die nach Deuh zur Befestigung der Langenschen Schwedebahn entstandene Kommission hat einen ausführlichen Bericht erstattet, der der Anlage eines solchen Verkehrsmittels an Stelle der immer unzulänglicher werdenden Pferdebahnen dringend das Wort redet. Die Kommission hat auch durch die wenig entgegenkommende Haltung des Polizeipräsidiums sich in ihrer Stellungnahme nicht betreten lassen und beantragt durch ihren Referenten Stadtv. Wolgast einstimmig die Niederlegung einer gemischten Deputation (10 Stadtverordnete, 5 Stadträte), die unter Zugiehung des Unternehmers eine zu konzeptionierende Linie vom Innern der Stadt nach Treptow festsetzt und den Entwurf eines Vertrages zur Vorlage an die städtischen Behörden herstellt. Stadtv. Vogtherr hat an die Zustimmung zum Ausschussantrag den Vorbehalt geknüpft, daß der Bahnbau nicht an einen Privatunternehmer vergeben werde.

Ohne Debatte erhebt die Versammlung den Kommissionsantrag zum Beschluß.

Die Vorlage betr. die Frequenz der Gemeindefschulen am 1. November 1894 giebt dem Stadtv. Schwalbe Gelegenheit, die Aufhebung resp. Verlegung einiger Schulen des Zentrums, die man ganz wohl entbehren könne, anzuregen.

Stadtschulrath Vertram stellt die Vorlegung einer Zusammenstellung, welche eine genauere Beurteilung dieser wichtigen Frage ermöglicht, in nahe Aussicht.

Die Aufnahme einer neuen Straße in der Verlängerung

der Lübeckstraße bis zur Spree auf dem Grundstück M. Noabil Nr. 95/97 in den Bebauungsplan wird beschlossen.

Nachdem die Stadt durch Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts zur weiteren Tragung der Kur- und Verpflegungskosten für die Zwangsheilung Syphilitischer verurtheilt worden ist, schlägt der Magistrat, indem er sich die Befreiung des ordentlichen Rechtsweges vorbehält, als Interimismus vor, die Hilfsstation für geschlechtskranke Weiber in Rummelsburg nach dem städtischen Obdach zu verlegen und zur Aufnahme sämtlicher der Zwangsheilung zu unterwerfenden syphilitischen Erkrankten einzurichten. Die dem Polizeipräsidium zu erhaltenden Kosten sollen pro 1893/94 aus dem Ueberflusse dieses Etatsjahres pro 1894/95 aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben entnommen werden.

Die Vorschläge des Magistrats werden nach einer kurzen Besprechung durch den Stadtv. Sachs II angenommen.

Der Generalsocietäts-Beitrag pro 1. Oktober 1893/94 wird auf 5,3 Pf. pro 100 M. Versicherungssumme festgesetzt.

Den Druck des Gemeindeblattes will der Magistrat auf Grund eines Ausschreibens der Firma W. u. S. Löwenthal übertragen, die erheblich niedrigere Preise als die Firma Grunert gestellt hat (40 000 statt 54 000 M.).

Von verschiedenen Seiten wird Ausschussberatung beantragt. Stadtv. Vogtherr will auch festgestellt haben, daß die Firma für die Dauer des Vertrages (5 Jahre) zur Zahlung der tarifmäßigen Löhne verpflichtet wird.

Stadtv. Ullstein ist erfreut, daß der Magistrat hier endlich einmal zu einer beschränkten Submision geschritten ist, hält aber die Wahl der genannten Firma nicht ohne Weiteres für gerechtfertigt. Auch Grunert habe keine hohen Preise gefordert, das soviel niedrigere Angebot von Löwenthal müsse genauer auf seine Berechtigung geprüft werden. Es müsse festgestellt werden, ob die Firma auch zu der Zeit das Gemeindeblatt regelmäßig liefern könne, wo sie mit der Herstellung des Berliner Adressbuchs beschäftigt sei.

Stadtv. Vogtherr: Die hohe Differenz von 14 000 M. fordere von selbst zu genauer Prüfung auf; diese Prüfung sei aber in der Schreibmaterialien-Deputation bereits gründlich erfolgt. Gebrüder Grunert haben den tarifmäßigen Lohn bisher nicht gezahlt (Hört, hört!); gleichwohl weisen sie in einer Eingabe darauf hin, daß das niedrigere Löwenthal'sche Angebot eine Verschlechterung des Gelieferten und eine Schädigung der Arbeiter zur notwendigen Folge haben müsse — und dabei haben W. u. S. Löwenthal bisher tarifmäßig gezahlt (Hört, hört!). Der uns vorgelegte Probedruck hat allgemein befriedigt. Wenn die Gebr. Grunert ein so warmes Herz für die Arbeiter haben, so können wir ihnen von Herzen gern auf diesem Gebiete folgen und dazu soll unser Antrag dienen. Von sachverständiger Seite ist mir erklärt worden, daß die Differenz von 14 000 M. ausschließlich auf das Geschäftskonto der Firma W. u. S. Löwenthal entfällt.

Stadtv. Cassel hält den Zusatzantrag Vogtherr für unannehmbar. Die Stadt könne dem Unternehmer nicht für die ganze Dauer des Vertrages, also auch für den Fall etwaiger Streitigkeiten zwischen Seheren und Buchdruckerbesitzern die Hände binden. Auch dieser Redner ist für Ausschussberatung.

Stadtv. Veelitz weist den in der erwähnten Eingabe der Gebrüder Grunert implizite enthaltenen Vorwurf, als beugstige der Magistrat die Schmutz- und Schleuderkonkurrenz, entschieden zurück. Die Löwenthal'sche Druckerei sei durchaus leistungsfähig.

Stadtv. Hentig erkennt aus der Vorlage, welche großen Gefahren das Submissionswesen bietet, und kann wohl begreifen, weshalb gerade Herr Vogtherr sich zum Herold der Unterbietung gemacht hat. Wenn Sittenfeld 12 000 M. mehr als Grunert fordere, so sei das Angebot Löwenthal die reinste Kamischkonkurrenz.

Stadtv. Vogtherr verwahrt sich gegen die Ausführung des Stadtv. Cassel, als bedeute sein Antrag einen Eingriff der Stadt in die gewerblichen Verhältnisse. Herr Hentig wundert sich, daß ich der Unterbietung das Wort rede, ich wundere mich gar nicht, daß Herr Hentig niedrigeren Löhnen das Wort redet.

Nachdem noch Stadtv. Schwalbe für Kommissionsberatung eingetreten, wird demgemäß beschlossen.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Königlicher Viertel) hielt am 8. Januar in Ulrich's Vereinshaus Sied-Ost eine gutbesuchte Versammlung ab. Genosse Th. Glocke sprach über: „Kapitalismus und Sozialismus“; seine interessanten Ausführungen fanden lebhaften Beifall; von der Diskussion wurde Abstand genommen. Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde zunächst von Gadegast bekannt gegeben, daß am 15. Januar im Lokal von Fiebig, Große Frankfurterstr. 24, die ordentliche General-Versammlung des Vereins stattfindet. Genosse Albert Müller rätete an den Vorstand das Ersuchen, in Zukunft die Nummern derjenigen Stadtbezirke im Inserate mit anzuführen, für welche eine Bezirksversammlung einberufen wird. K. Scholz regte an, auch während der Wintermonate Herrenpartien zu unternehmen und sie agitatorisch anzuknüpfen. Gadegast versprach, diese Vorschläge und einige weitere Wünsche dem Vorstand zu unterbreiten.

In der Generalversammlung der Arbeiter-Bildungsschule, welche am 9. Januar in den Arminhallen stattfand, berichtete der Vorsitzende Platon, daß der Besuch der beiden Schulen in Berücksichtigung der heutigen miltlichen Verhältnisse im allgemeinen ein guter sei. Die Vorträge in öffentlichen Versammlungen zum Besten der Schule sollen beibehalten werden. Am 17. Januar wird in einer Versammlung bei Grädel Frau Professor Gyzki über die Frau in der heutigen Gesellschaft sprechen. Ebenso hat auch Herr Professor Förster von der Sternwarte einen Vortrag in Aussicht gestellt. Am 23. Januar wird der Abgeordnete Liebknecht in großen Saale von Keller über die Freiheit der Wissenschaft referieren. Für die Nordschule wurde Nikolay, für die Südschule Dr. Heymann als neue Lehrkraft gewonnen. Die Schulräume sollen von jetzt ab auch des Sonntags und an Wochentagen längere Zeit vor Beginn des Unterrichts geöffnet werden, um den Schülern Gelegenheit zu geben, Hochzeitungen und Tageszeitungen (aller politischen Parteien) deren ca. 100 Stück ausliegen, lesen zu können. Zum Schluss sprach Platon den Wunsch aus, daß in Zukunft der Tanz nach den Sonntags-Versammlungen der Schule wegfallen möge. — An den Vorstandbericht knüpfte sich der Bericht der Obmannen der Schulkommissionen Holz (Südschule) und Hager (Nordschule). Die Südschule besuchen 183 männliche und 17 weibliche, die Nordschule 100 männliche und 19 weibliche Schüler. — Der von K. H. verlesene Kassenbericht wies auf: Bestand am 1. Oktober 2248,78 M.; Einnahme vom 1. Oktober bis 31. Dezember 982,98 M.; Ausgabe 1454,36 M. Bleibt somit ein Bestand von 1777,40 M. von welcher Summe 1800 M. in der Stralauer Genossenschaftsbank angelegt sind. Dem Kassierer wurde Entlastung zu theil. An Stelle der ausstehenden Revisoren Mohrbach und Ufert wählte die Versammlung Walisch und Sträßburg. Ein Antrag: die Nordschule zu verlegen (etwa nach der Gegend des Rosenhalsers Thors) wurde abgelehnt. Bezüglich der Abhaltung eines Sommerfestes entspann sich eine längere Debatte, deren Ergebnis die Annahme eines Antrages war: Ein Sommerfest nur im Rahmen der Schule und zwar so, daß dieser keine Ausgaben erwachsen, zu veranstalten. Bei dem letzten Punkt der Tagesordnung kam es zu sehr erregten Ausstritten. Holz, der den Antrag begründete, den Tanz nach den Sonntagsversammlungen in Zukunft wegfällen zu lassen, versiegte sich zunächst zu der Bemerkung: „wenn dies nicht geschehe,

siehe die Schule auf das Niveau eines Vergnügungsvereins herab“ und behauptete das Weiteren an dem Tanz nach der Versammlung in Reng' Ballsalon hätten sich eine große Anzahl Profitirter betheiligt. Von allen Seiten auf die vollständige Unwahrheit dieser Aeußerung aufmerksam gemacht, wiederholte er nochmals dieselbe und stieg demzufolge die Unruhe der Versammlung aufs höchste. Der Redner muß abtreten, worauf die Diskussion in ruhigeren Bahnen lenkte. Gegen die Beibehaltung der Sonntagsversammlungen mit nachfolgendem Tanz sprachen der Vorsitzende Platon und Schulz, Steglitz, weil sie meinten, der Eindruck, den ein Vortrag hervorriefe, würde durch den darauf folgenden Tanz abgeschwächt oder ganz verwischt. Für die Beibehaltung, mit der Einschränkung, daß eine verstärkte Kontrolle der Gänge eingeführt werden solle, sprachen u. a. Steinbarth, Dr. Finz, Pfund, Nebischer, weil sie meinten, daß den jungen Leuten unserer Partei durch Veranstaltungen aus unseren eigenen Kreisen heraus Gelegenheit zum freundschaftlichen Zusammenschluß und zum Amusement geboten werden müsse. — Nach längerer Debatte wurde beschlossen, es bezüglich an Vergnügungen beim alten zu lassen. Platon erklärte, in der nächsten Vorstandssitzung sein Amt als Vorsitzender niederlegen zu wollen. Mit einem Hoch auf die Arbeiter-Bildungsschule wurde die Versammlung nach 1 Uhr geschlossen.

Am Mittwoch setzten die Brauerei-Arbeiter die Diskussion über die Aufhebung des Boykotts fort; die Versammlung war schwächer besucht als die erste und ging nach mehrstündigen Debatten, nachdem die Tagesordnung erledigt war, um 1 Uhr auseinander. — Millarg rechtfertigte seine neuliche Bemerkung, die mißverstanden war, und betonte, daß der lärmende Protest bei Keller nicht auf das Konto der Ausgesperrten zu setzen sei. Er begründete dann in längerer Ausführungen seine, von dem Referenten Schneider abweichende Meinung. Die Hilfsarbeiter Schüler und Träger gingen auf die Details bei der Beendigung des Bierkrieges, und die Stellung, welche der Obmann der Kommission, Hilpert, dazu eingenommen, sehr ausführlich ein; die gleiche Ansicht vertreten eine Reihe anderer Redner, ohne neue Gesichtspunkte zu entwickeln. Träger meinte am Schluß seiner Rede, daß man der „politischen Partei“ wohl bisher gefolgt sei, falls jedoch nicht bald andere Anschauungen in diesen Kreisen in Kraft treten, müsse man die Unterstützung anderer Gruppen anrufen. (Zwischenruf: Aha!) Ein Redner wollte erfahren haben, daß Protestversammlungen gegen die Aufhebung des Boykotts — die auch nicht nach seinem Geschmack in — inscenirt würden. Von dem Brauer Types wurde die Weigerung der in Arbeit stehenden organisierten Brauerei-Arbeiter, weitere Unterstützungen an die Ausgesperrten zu leisten, damit begründet, daß sich ja ein Theil der letzteren für Aufhebung des Boykotts erklärt hätte. Faber wies die Unterstellung dieses Redners, als ob er in der Boykottversammlung bei Nollig Unwahrheiten behauptet hätte, energisch zurück. Nach einem Schlusswort Schneiders, der sich bemühte, dem „Vorwärts“ und bekannnten Parteigenossen Inkonsequenzen nachzuweisen, gelangte man zur Abstimmung der nicht in geringer Zahl eingelaufenen Anträge und Resolutionen. — Angenommen wurde der folgende Antrag Bauer: Die Agitationskommission wird beauftragt, mit den vereinigten Brauereien Rücksprache zu nehmen, damit diese auf den Prozentfuß der ohne Benutzung des Arbeitsnachweises einzustellenden Personen so lange verzichten, bis alle Ausgesperrten in Arbeit sind. Die Kommission hat nach den Unterhandlungen sofort eine Versammlung einzuberufen, um über die Antwort der Brauereien Bericht zu geben.

Abgelehnt infolge Einspruchs der Brauer wurde mit knapper Majorität ein Antrag Schneider, der bezweckt, Hilpert, weil er angeblich die Interessen der Brauerei-Arbeiter mangelhaft vertreten, das Recht abzuschneiden, innerhalb zweier Jahre ein Amt in der gewerkschaftlichen Bewegung zu bekleiden.

Beschlossen wurde ferner, daß die in Arbeit stehenden organisierten Kollegen von jetzt ab bei einem Lohn von 25 M. und mehr 2 M., und unter 25 M. 1 M. zur Unterstützung der Ausgesperrten abzuführen haben.

Abgelehnt wurde nach beständigem Einspruch Schneiders eine etwas sehr ausführliche Resolution Wagner, die den Dank für die Unterstützungen ausdrückt und sich mit dem Verbalten der Boykottkommission einverstanden erklärt.

Von Gärtnern wurde neu befristet, Vorschläge für die Kandidatenliste für das Kuratorium des Arbeitsnachweises zu machen; (ein Redner hatte mitgeteilt, daß die Wahl am Sonntag Nachmittag 2 Uhr bei Holz stattfinden), nach längerer Debatte wurden dazu vorgeschlagen: Giermann, Dobaz, Käfer, Bogel, Lamm, Schüler, Junge und Bogen. Eine Antrage Millarg, wann die Abrechnung der Kommission fertig gestellt werde, wurde dahin entschieden, daß dies nach Verlauf von 4 Wochen geschieht. Jemliche Erregung herrschte in der Versammlung, als Giermann im Laufe der Debatte die Mittheilung machte, daß von den Brauereien während der letzten Tage ohne Berücksichtigung der Ausgesperrten 30 Personen eingestellt sind, während nur zwei Ausgesperrte (in der Brauerei Friedrichshöhe) Arbeit gefunden haben.

Depechen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Wien, 10. Januar. Gestern herrschte hier während des ganzen Tages andauerndes Schneewehen, welches sich in der vergangenen Nacht derart verstärkte, daß die Straßen Wiens und namentlich der Vororte vom Schnee geradezu blockirt und der Verkehr fast völlig unterbrochen war.

In den südlichen Provinzen Oesterreichs, namentlich dem Karstgebiete, ist der Verkehr infolge von Schneeverwehungen vielfach eingestellt.

Wien, 10. Januar. Auf der Staatsbahn und auf der Südbahn ist infolge von Schneeverwehungen der Verkehr strodenweise eingestellt; auch auf den anderen Bahnen treffen die Züge verpölet ein. In der letzten Nacht streifte auf der Station Gumpoldskirchen ein einem Postzuge vorausgeschickter Schneepflug einen in der Station haltenden Schnellzug und beschädigte die Maschine sowie den Kondukturwagen. Ein Heizer wurde dabei leicht verletzt.

Washington, 9. Januar. Im Repräsentantenhaus wurde ein Antrag, die Abstimmung über die Regierungsvorlage, betreffend die Währungsreform, vorzunehmen, mit 129 gegen 122 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage ist somit praktisch verworfen.

Washington, 9. Januar. Präsident Cleveland hat eine Postschiffahrt an den Kongreß gerichtet, in welcher er empfiehlt, Hawaii zu geöfneten, England eine Insel in Pacht zu geben, welche als Station für ein Telegraphenlabel zwischen Australien und Canada dienen solle.

Lorenzo Marquez, 9. Januar. Die Feindseligkeiten zwischen den Insurgenten und Portugiesen haben wieder begonnen.

(Depechen-Bureau Herold.)

Prag, 10. Januar. Die Staatsbahn hat den gesamten Frachtenverkehr zwischen Prag und Wien infolge der Schneeverwehungen eingestellt.

Petersburg, 10. Januar. Der Adjuant des Warschauer Militärbezirks, Popow, ist nach Kasan veretzt worden. (Es dürfte sich hier um eine Strafverurteilung des Gehilfen Carlo's handeln. Red. d. B.)

Petersburg, 10. Januar. Bei der Station Dmitrowska entgleiste der gemischte Zug der Njasan-Uralbahn. Die Lokomotive und 10 Waggons wurden zertrümmert. Sechs Personen sind getödtet und sieben schwer verletzt worden.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom 10. Januar 1895. 1 Uhr.
Am Bundesratsstische v. Söttcher, v. Marschall,
Niederding, v. Bronsart, Schöndedt.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend
Aenderung und Ergänzung des Strafgesetzbuches,
des Militär-Strafgesetzbuches und des
Gesetzes über die Presse wird fortgesetzt.

Abg. Graf Limburg-Sturum: Meine Freunde treten um-
sonst mit Befriedigung in die Beratung dieser Vorlage
ein, weil sie darin ein Zeichen sehen, daß man in maß-
gebenden Kreisen die Meinung aufgegeben hat, daß man
die Sozialdemokratie wie alle anderen Parteien behandeln
kann. Ich will mich dagegen verwahren, daß die Sozialdemo-
kraten sich als die einzige Arbeiterpartei hinstellen. Sämtliche
Parteien des Hauses sind mehr Arbeiterparteien als die Sozial-
demokraten (Zustimmung rechts), denn was für die Arbeiter
gelistet ist, ist von Seiten der anderen Parteien geschehen.
(Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Zustimmung rechts.)
Der Kern der Sozialdemokratie ist in keiner Weise berechtigt;
denn der Kern ist das Streben nach dem Umsturz. Was wir
gemeinsam mit den Sozialdemokraten erstreben, ist nicht das
Charakteristische der Sozialdemokratie. Redner verweist dem
Abg. v. Stumm gegenüber darauf, daß der von demselben ange-
griffene Weidnachts-Artikel des Pastor Naumann in der „Hilse“
nicht in sozialdemokratischem Sinne gehalten sei; denn der fordert
zur Zufriedenheit auf und reizt nicht zur Unzufriedenheit.

Auf friedliche Wege kann sich die Umwandlung, welche die
Sozialdemokratie will, nicht vollziehen. Das ist ein Unfug, trotz
aller gegenseitigen Behauptungen der Führer, welche von Um-
sturz nichts wissen wollen. Die Rede des Herrn Kuer war sehr
geschickt und sie wurde unterläßt in ihrer Wirkung durch die
sympathische Persönlichkeit des Redners. Aber wenn die Herren
über Mißstände klagen, so sollten sie dabei etwas gründlicher
sein und nicht leichtfertig beschimpfende Behauptungen auf-
stellen. Dierher zu rechnen ist der Vorwurf des Bauern-
legens. Das Bauernlegen fand statt nach den Ver-
wüstungen des dreißigjährigen Krieges; jetzt hört man
vom Bauernlegen nichts mehr, im Gegenteil, man strebt da-
nach, kleinere Befehungen zu schaffen. Die Sozialdemokraten
wollen absolute Gleichheit, aber wir sehen in der Partei die
Gleichheit nicht; die Führer leben auf Kosten der großen Masse,
und so wird die Organisation der Zukunft auch sein; es wird ein
Kampf der Großen mit den wirtschaftlich und geistig
Schwächeren sein; das Gland der Schwächeren wird ein viel
größeres sein als jetzt. Es wäre gewissenlos seitens der leitenden
Parteien und seitens der Regierungen, wenn sie solchen Be-
strebungen nach Umsturz ruhig zuließen, wie es in den letzten
Jahren geschehen ist. Die Sozialdemokraten benutzen
die für alle geschaffenen Gesetze, welche die freiheitliche
Bewegung ermöglichen, nur für sich, um den
Sinn für Gesetzhaltung in allen Landen zu untergraben.
Treu und Glauben werden nur gefordert der Partei gegenüber,
aber nicht gegenüber dem Staat, denn wie kann man es anders
erklären, daß jemand sich bereit erklärt, einen Treueid zu
schwören und nachher erklärt, er glaube nicht an Gott. (Hört!)
Wie kann man es anders erklären, daß die sozialdemokratische
Presse Artikel veröffentlicht, die nur durch Vertrauensbruch
auch den behördlichen Bureaus herauskommen können. Positive
Reformen wollen wir auch; wir wollen eine Reform zu Gunsten
des Handwerks, eine Organisation desselben zur Hebung des
Mittelstandes. (Zustimmung rechts.) Wir begrüßen es mit
Freude, daß die Regierung die Klagen der Landwirth-
schaft als berechtigt anerkennt.

Der Schluss der Rede des Abg. Gröber, in welchem er an
das christliche Gefühl appelliert, rief unsere dankbare Anerkennung
hervor. Auch der Eingang der Rede war sehr schön, so schön,
daß wir wünschen gewesen wäre, daß solche Worte vom Regierung-
stische gekommen wären. (Zustimmung rechts.) Das Zentrum hat
früher das Ausnahmegegesetz bekämpft, weil es unter Ausnahme-
gesetze gestülten hat; jetzt stellen wir uns auf den Boden des
gemeinen Rechts und da sagt Herr Gröber: Ihr stellt euch auf
diesen Boden und wendet uns gegenüber Ausnahmegeetze an.
(Sehr richtig im Zentrum.) Das Jesuitengesetz ist
kein Ausnahmegegesetz (heftiger Widerspruch im Zentrum) kein
Ausnahmegegesetz für das ganze katholische Volk (Heiterkeit),
sondern nur gegen die wenigen Jesuiten. (Lachen im Zentrum.)
Die Thätigkeit der jesuitischen Missionare verdient alle An-
erkennung; aber gegen die Sozialdemokraten werden sie wenig
helfen. Was geschieht denn in Belgien, wo die Jesuiten sich
frei bewegen können? (Widerspruch im Zentrum.) Es scheint
sich darum zu handeln, Konzeptionen für das Zentrum auf
anderen Gebieten zu erreichen. In der großen Masse des Volkes
ist der Wunsch nach kirchlichem und politischem Frieden vor-
handen. Es ist manches im Kulturkampf geschehen, was nicht
hätte geschehen sollen, aber die Schuld liegt auf beiden Seiten.
Jetzt wird das Zusammenfassen aller Kräfte
nothwendig; deshalb würde es der großen Partei des
Zentrums würdiger gewesen sein, wenn Herr Gröber Gustav
Adolf nicht als Nordbrenner bezeichnet hätte. (Zuruf bei den
Sozialdemokraten: War er aber doch!) Er hätte lieber
die große geschichtliche Persönlichkeit würdigen sollen, denn sonst
müßte man alle Generale, welche Krieg geführt haben, als Nord-
brenner bezeichnen. (Zustimmung rechts.) Herr Gröber hat für
jeden Paragraphen einen einzelnen Fall konstruirt, in welchem er
bedenklich wirken wird. Das kann man schließlich bei jedem
einzelnen Straf-Gesetzbuch-Paragraphen. Die Bestimmungen
müssen eine gewisse Elastizität haben, wenn das getroffen
werden soll, was wir treffen wollen, sonst muß man
zu einer Revision kommen, die ebenfalls sehr bedenklich
ist. Das Gegengewicht gegenüber dieser Elastizität liegt
in dem Vertrauen zu dem unabhängigen Richterstand.
Der Kern der Sache ist der: Die Sozialdemokraten können ihre
Behauptungen nicht verfolgen, ohne gegen diese Bestimmungen zu
verstößen. Alle anderen Parteien können das. Wenn sie einmal
dem Gesetze verfallen sollten, so würde es sich nur um
Unvorsichtigkeiten handeln. Wir finden die Vorlage nicht
genügend; es muß vor allen Dingen eine Verhinderung der
sozialdemokratischen Organisation in die Hand genommen werden;
denn es handelt sich nicht nur um einen Geistes-
kampf allein, sondern um eine Machtfrage. Wir dürfen
und können es nicht leiden, daß die Sozial-
demokratie sich organisiert. Wenn wir jetzt
unterlassen, dieses Gesetz zu machen, so wird das,
was später gemacht werden muß, viel schärfer sein.
(Sehr richtig! rechts.) Darüber mache man sich doch keine
Illusionen, was die Sozialdemokraten thun würden, wenn sie
anz Nuber kämen. (Sehr richtig! rechts.) Ich hoffe, daß aus
dieser Vorlage, die wir an die Kommission verweisen wollen,
etwas herauskommt. (Beifall rechts.)

Abg. Munkel (reis. Sp.): Ich freue mich, daß der Vor-
redner den drastischen Gesetzentwurf des Herrn v. Stumm nicht
gebilligt hat, daß er meinte, wir müßten ein solches Gesetz
vermeiden. Strafgesetze sollte man immer nur dann machen,
wenn sie nöthig sind, und man sollte nicht ohne
Noth die Justiz in den Dienst der Politik stellen.

Ich bin ohne Vorurtheil an die Vorlage herantreten, ja ich
komme der Vorlage mit dem Wohlwollen entgegen, welches man
unglücklichen Kindern widmen soll; denn unglücklich ist dieses
Kind der Gesetzgebung, welches schon vor der Geburt nicht die
Mutter, sondern den Vater verloren hat. Das Gesetz hat mit
Umsturz angefangen, in sehr hohen Kreisen; nicht einmal ohne
Gewalt ist es abgegangen, wenn die Gewalt auch als eine sanfte
bezeichnet werden kann. Die Vorlage hat manche Schicksale
schon erlebt; aber ihre Pfingelkern behandeln das
Kind besser als der eigentliche Vater; bei uns wird
Ihr das kaum sehr zu kalten kommen. Wir sollen
Vertrauen legen. Ich habe zu allen Männern im
Parlamente das unbedingtste Vertrauen, weil ein Mangel daran
doch unparlamentarisch wäre. (Heiterkeit.) Aber ich weiß nicht,
wer die Vorlage später, wenn sie Gesetz geworden sein wird,
vertreten wird. Die Männer des neuen Kurzes? Ja, wer sagt
mir denn, daß die Männer des neuesten Kurzes nicht diese Vor-
lage als ungut betrachteten und vielleicht die lex Stumm
verlangen? (Heiterkeit.) Wir haben die Möglichkeit zu sehen, wo-
hin das Gesetz zielt, wenn wir uns der Vergangenheit erinnern,
welche der Einbringung der Vorlage vorausgegangen ist.
Ich gehe davon aus, daß die Motive ernst gemeint sind; ich
nehme auch an, daß es Herrn Kuer damit ernst ist, daß er den
Umsturz nicht will. Man nimmt an, daß die Vorlage den Um-
sturz verhindern oder aufschieben soll. Was hat man aber hier
gemacht? Man wollte veranlassen, daß die Reichstags-Ab-
geordneten beim Hoch auf seine Majestät aufstehen, aber man
versuchte das auf einem Wege, der die Immunität des Reichstages
verletzte. Wenn man solche Interpretation hört, daß das Aufstehen
oder Sitzenbleiben keine Meinungsäußerung ist, so wird man bedenk-
lich. Wenn das Sitzenbleiben keine Meinungsäußerung ist, was ist es
dann für ein Verdienst, daß Sie (rechts) aufstehen sind? (Heiterkeit.)
Diese Interpretation haben wir erlebt, und ich weiß nicht, ob die
Regierung nach Schluß des Reichstages davon weiter Gebrauch
machen wird. Es handelt sich dabei um die Verletzung der
Reichsverfassung, um ein zweimal defilirtes Gesetz, zum zweiten
Mal defilirt aus Anlaß des Hohen Zweites, und das hat noch
nicht geschäft gegen die, wie man jetzt sagt, elassische Auslegung.
Ich verkenne die Gefahr des Umsturzes nicht; man braucht die
Gefahr nicht für sehr dringend zu halten. Aber wenn man ein
solches Gesetz einbringt, muß man doch einen Grund haben.
Das Sozialistengesetz wurde 12 Jahre lang gehandhabt.
Aber endlich wurde es nicht mehr verlängert, weil einige da
waren, denen es nicht weit genug ging. Als es aufgehoben
war, das war eine große That von oben, da pries man, wie
schön man ohne das Gesetz auskommen könne. Was hat sich
seitdem geändert? Sind die Sozialdemokraten deshalb gefahr-
licher geworden, weil sie auf dem Lande agitiren? Nichts hat
sich geändert, denn die traurigen Ereignisse in Frankreich können
doch auf Deutschland nicht einwirken. Wenn das Gesetz ein all-
gemeines wäre, dann wäre es auch für agrarische Bestrebungen
anwendbar. Aber wo kein Agrar ist, da ist kein Richter, und der
Agrar ist ein jeden Augenblick absehbarer Beamter. (Sehr richtig!
links.) Wo es nicht regnet, wird die Anklage nicht erhoben.
(Sehr richtig! links.) Das Gesetz ist nicht weiter als das alte
Ausnahmegegesetz. Warum soll es denn das auch nicht sein? Das
Gesetz soll gegen die Anarchisten gehen, gegen die Sozialdemo-
kraten; etwas weiter rechts gibt es auch noch unbehagliche Leute;
ja der Kollege Sigl ist vielleicht auch noch dabei. (Heiterkeit.)
Das Gesetz wird auf jeden passen, auf den man es anwenden
will. Aber den Umsturz betreibt, wenn auch die Störung des
öffentlichen Friedens vielleicht erst nach einem Menschenalter
eintrifft, gegen den wird vorgegangen. Man nennt es
gemeines Recht, das hört sich hübsch an, allerdings das
Einige an der Vorlage, was hübsch ist. (Heiterkeit.)
Will man Ausnahmegeetze nicht mehr haben, dann muß auch die
vom Reichstage beschlossene Aufhebung des Jesuitengesetzes er-
folgen. Der Vorredner meinte allerdings: Es sind nur ein paar
Jesuiten. Es sind ja auch nur ein paar
Anarchisten; was braucht man gegen diese
Leute ein besonderes Gesetz. Wenn eine Gefahr
vorhanden ist, so ist dies nicht neu, sondern besteht seit der
Zeit, als man den guten Kern der Sozialdemokratie entdeckte,
und der ihn entdeckte, war niemand anders, als der Reichskanzler
Fürst v. Bismarck. Er gab zu, daß Uebelstände vorhanden sind,
und da mußte man bestrebt sein, die Uebelstände zu beseitigen;
das ist Pflicht eines jeden Menschen. Die Sozialdemokraten
müssen nach ihrer besten Ueberzeugung zur Beseitigung dieser
Uebelstände mitarbeiten, allerdings innerhalb der bestehenden Ge-
setze. Die gute Sozialdemokratie wird also von dem Gesetz nicht
getroffen; verstoßt sie gegen die bestehenden Gesetze, so unterliegt
sie den Strafen derselben. Was man thut, wird bestraft, was
man denkt, ist straflos. Aber es kommen in dem zukünftigen
Gesetze auch noch die Gedanken heran. (Zustimmung links.) Die
Vorlage wird an eine Kommission gehen, und man wird da wohl
unterscheiden zwischen den Paragraphen, welche schon tot sind,
und denen, welche durch geschickte Behandlung vielleicht noch
am Leben erhalten werden können. Die Aufforderung zu einer
straflosen Handlung wird jetzt schon bestraft; in Zukunft soll
die Aufforderung zu einem Verbrechen, wie es scheint, nicht mehr
mit Geldstrafe belegt werden können. Da würde also der
Kriegsminister wegen der Verherrlichung eines
versuchten Todtschlages mit Gefängnisstrafe
belegt werden müssen. Mit dieser unbedeutenden
Aenderung sängt das Gesetz an; aber es kommt immer schlimmer
und schlimmer. Es wird der Begriff des gewaltsamen Umsturzes
der Staatsordnung in die Gesetzgebung eingeführt. Unter Staats-
ordnung ist auch die gesellschaftliche Ordnung zu verstehen, und
was darunter zu verstehen ist, darüber sind die Ansichten ver-
schieden. Ein kräftiges Meisen wird als Störung der öffent-
lichen Ordnung bestraft, zur Gesellschaftsordnung gehört
auch der Respekt vor den bestehenden Rangverhält-
nissen. (Anruhe rechts.) Ich weiß nicht, ob die militärische
Disziplin so leicht zu erschüttern ist, daß man sie durch
Zuchthausstrafe schützen muß. Wie will man einen Soldaten,
der einer sozialdemokratischen Familie angehört, fernhalten von
dem Verkehr mit seiner Familie. Ich könnte mir ein Attentat
auf die Familie und auf die Ehe nicht recht vorstellen. Aber,
wenn ich bedenke, daß Familienmitglieder bestraft werden können,
wenn sie mit einem zu ihrem Kreise gehörigen Soldaten ver-
kehren, so verstehe ich, daß es ein Attentat auf die Ehe und
Familie giebt. Der Selbstmord des Bergmannes, der wohn-
sinnig wurde wegen der Einmischung des Geistlichen in seine
Familienverhältnisse — er lebte in gemischter Ehe — ist eine
Folge der Vertretung religiöser Interessen.

Und die Bestrafung des Komplottes! Wenn fallen da nicht
die Prozesse ein, die geführt wurden nach Aufhebung der Burschen-
schaften, die das durchzuführen wollten, was heute Thatsache ge-
worden ist. Wer weiß, ob man nicht die Bestrebungen, welche man
jetzt mit Zuchthaus bestraft, nach 20 Jahren für berechtigt hält.
Die Tragödie Bronsart's Gain, in welcher dieser glorifizirt wird,
bleibt vielleicht straflos, weil die That vor der Sinfultu passirte.
Man kann auch vielleicht die Thaten Schill's und Yorck's glori-
fiziren; aber andere Thaten nicht. Es wird dann wohl ein Ver-
zeihniss derjenigen Thaten herausgegeben werden müssen, welche
glorifizirt werden dürfen. Es ist gerade die schöne
Aufgabe, daß man die Seiten herausucht an einem Verbrechen,
welche dasselbe entschuldbar machen, denn sonst müßte man an

der menschlichen Natur verzweifeln. Den ersten, der auf Grund
dieses Gesetzes verurtheilt würde, würde ich glorifiziren, auf die
Gefahr hin, deswegen bestraft zu werden. Ein Flugblatt, welches
1878 von 200 Millionen neuer Steuern sprach, wurde verfolgt
und der Verfasser bestraft; die Geschichte aber gab dem Ver-
fasser recht, denn es handelt sich um 400 Millionen neuer
Steuern. (Heiterkeit.) Es ist sehr schwer, nachzuweisen, daß
man eine Thatsache nicht gewußt hat; wenn man das nicht
nachweisen kann, dann sollte man lieber die Presse unbehelligt
lassen.

Der Schutz der Monarchie und der Religion ist gegenüber
der früher abgelebten Vorlage nun in Aussicht genommen.
Weshalb man das Erbrecht nicht hinzugefügt hat, weiß ich nicht.
Man nimmt vielleicht an, daß es sich nicht mehr lohnt. (Heiter-
keit.) Der Schutz bestimmter Religionen ist durch § 166 gesichert.
Aber wie sollen wir es machen die Religionen zu schützen, wenn
die Religionsgemeinschaften unter einander sich bekämpfen. Die
katholische Kirche erkennt die Zivilehe nicht an und auch die
protestantische Ehe nicht. Ein Verteidiger der katholischen
Religion ist also berechtigt, die protestantische Ehe anzugreifen.
Die Monarchie sollen wir schützen; sie ist gefährdet
durch die Majestäts- und Hochverrats-Para-
graphen. Wodurch soll sie noch weiter gefährdet werden? Der
Gedanke, ob man in einer Republik oder Monarchie glücklicher
lebt, muß doch in Deutschland und Europa, wo es Republiken
nicht, erörtert werden können. Wie weit geht denn aber die
Monarchie? Sind der türkische Sultan und der Perser Schah
nicht auch Monarchen? Gibt es nicht auch abgebannte Könige
wie den serbischen? Spricht und handelt jemand gegen die
Monarchie, so unterliegt er den Strafen des Hochverrats oder
der Majestätsbeleidigung. Noch kein Land hat Religion und
Monarchie unter den Schutz gestellt, den die Vorlage verlangt.
Und ist denn alles nachahmenswerth, was anderwärts besteht?
Was versteht man unter Eigenthum? Ebenso geht
es mit den Instituten der Ehe und der Familie.
Man kann die Bestrebungen, welche man treffen will, nicht unter-
binden, wenn man nicht deren Quelle unterbindet. Wenn die
Professoren ohne Furcht vor Autoritäten bedenkliche Grundsätze
erörtern, die dann in das Volk hineingehen, so kann man das
nicht abdammen, wenn man nicht auf die Quelle geht. Wollen
Sie den Anfang des Eindämmens machen, dann jagen Sie oben
bei den Wissenschaften an. Das das nicht geht, daß man die
Kritik nicht unterdrücken kann, hat man zugegeben; da unterläßt
man es doch, nun etwas zu versuchen. Die Wissenschaft sucht
die Wahrheit und wehe der Religion, welche das nicht aushält.
Ich halte nicht viel von einer Wissenschaft; sie kämpft gegen
die Dogmen, aber nicht gegen die Religion überhaupt;
auch die Vernunft ist von Gott und man soll sie
nicht unter den Scheffel stellen. Wenn Herr Gröber
sagte: Es ist kein Heil außer in Jesus Christus, schön,
aber Christus hat nicht die Anrechtenschaft, sondern ruhiges,
besonnenes Fortschreiten und Suchen der Wahrheit, keine Zuchthaus-
bestimmungen, sondern freie Forderung; dann können wir ruhig
der Zukunft entgegensehen! (Beifall links.)

Kriegsminister v. Bronsart: Ich halte den § 112 nicht für
entbehrlich und meine, daß die Motive dafür so klar und er-
schöpfend sind, daß ihnen nichts hinzuzufügen ist. Das ist aller-
dings richtig, daß bis zur Stunde unsere Armee eine gute ist,
und ich hoffe, daß sie so bleibt, daß sie sich allezeit
als ein scharfes Instrument erweist, gleich-
viel nach welcher Richtung sie zur Thätigkeit
gerufen wird. (Beifall rechts.) Dagegen ist die Armee meist
völlig immun gegen Ansteckungsstoffe. Die Aufrechterhaltung der
Disziplin in der Armee könnte nur erschwert werden, wenn wir
angefächelt mancher Erscheinungen in unserem öffentlichen Leben den
Kopf in den Sand stecken und es an der nöthigen Achtsamkeit fehlen
ließen und Sie uns die Mittel verweigerten, die wir brauchen
gegen gewisse Verlockungen, Anreizungen, Einwirkungen, die
dahin zielen, systematisch jede Autorität zu untergraben, systematisch
den Soldaten an den Gedanken zu gewöhnen, ihn dafür zu gewinnen,
daß der Treubruch kein Verbrechen sei (sehr richtig! rechts), daher unter
Umständen sogar rühmlich und lobenswerth sei. (Rufe bei den
Sozialdemokraten: General York! Und andere!) Ich glaube
vollkommen, daß Sie Ihren Genossen in der Armee rathen, sich
gut zu führen, sich nichts zu schulden kommen zu lassen, auch
daß Sie es für helle Bahnen erklären, wenn dieselben schon
keine Ziele ins Praktische übersehen wollten. (Sehr richtig!
rechts.) Ich glaube auch, daß der Abg. Stolte seinem Sohne
diesen Rath gegeben hat. Damit ist aber absolut nichts bewiesen.
Ich entnehme daraus nur, daß die Führer der Sozialdemokraten
mit einem gewissen Quantum von Ueberlegung ein noch weit
größeres an Vorsicht zu verbinden wissen, ich entnehme
aber nicht daraus, daß Ihre Hintermänner sich an
diese Lehre kehren werden. Sie haben in Ihren Reihen
zu viele Franktireurs (Heiterkeit), die sich an keine Parole
halten, auf eigene Hand kämpfen und die gewerbmäßig agitiren,
Sie haben auch solche unter sich, denen die Sache schon lange
viel zu langsam geht, die Leben und Fluß in die Bewegung
bringen wollen. Mit denen müssen wir rechnen. Ich frage
nur, wie kommt es, daß mehr und mehr, bald in
dieser, bald in jener Kaserne ein Lied, ein Flug-
blättchen oder andere Druckschriften gefunden werden,
wenn Sie auch selbst Ihren Genossen rathen, sich
durch die Kaserneagitation nicht die Finger zu verbrennen?
Wie kommt es, daß weit häufiger als früher Posten angegriffen
werden und merkwürdiger Weise immer an entlegenen Stellen,
an Pulvermagazinen, Waffenmagazinen, Munitionsdepots?
(Anruhe. Rufe bei den Sozialdemokraten: Wo denn?) Ja, daß
Sie das nicht thun wollen, davon bin ich sehr überzeugt. (Leb-
hafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Es sieht auch
nicht ein einziger von Ihnen so aus, als ob er Lust hätte,
ein Pulvermagazin zu erbrechen, wenn ein Grenadier
davor Posten steht (Heiterkeit). Die Herren können aber gar
nicht wissen, ob sie nicht selbst einmal berufen sein werden, die
Felden wider Willen zu spielen, wenn der große Tag des Krach's
anbricht, den Sie so gern in Aussicht stellen. (Abg. Singer:
Das überlassen Sie uns doch!) — Präsident v. Loeperow ver-
bittet sich die Zwischenrufe.) Wenn dann aus Ihren unbot-
mäßigen Reihen gerufen wird: Die Reichstags- Abgeordneten
vor die Front (Heiterkeit), Les officiers en avant! — Dann
hilft Ihnen das alles nichts, dann müssen Sie mit, dann
können Sie weder rechts noch links ausbrechen, auch lernen
Haken schlagen, dann ist es — um in Ihrer Tonart zu
sprechen — mit dem Mundspitzen allein nicht gemacht, dann
muß geffissen werden, und das thun Sie ja so gern. (Lebhafteste
Zwischenrufe.) Dann werden wir ja hören, was Sie auf diesem
muskulischen Gebiet leisten können und wenn die Roten zuletzt
ausgehen werden. (Beifall rechts; Lärm links.) Ich verlasse
dieses heitere Bild. (Heiterkeit.) Die Mehrzahl der Rekruten,
die zur Truppe einrücken, kommt unverdorben, gottesfürchtig
und königstreu zur Fahne, diese Leute sind gegen An-
steckungsstoffe aller Art immun und bleiben es auch.
Wir haben aber auch mit Rekruten zu rechnen, die schon von
Jugend an verwahrlost sind, die in Werkstätten, Fabriken und
Arbeitsplätzen eine Masse verworrenes Zeug gebildet haben. Diese
wollen wir zu guten Soldaten machen und das gelingt uns auch
zum theil. Wenn sich aber permanent von außen ein Gegen-

gewicht geltend macht, was soll dann aus den Leuten werden? Es handelt sich nicht bloß darum, die Disziplin aufrecht zu erhalten, sondern auch darum, daß wir für das Wohl und Wehe der uns anvertrauten Mannschaften sorgen. Die Anführer gehen fast immer leer aus, während die Thäter scharf bestraft werden. Im Kriege oder im Kriegszustande stellen wir sie auf den Sandhaufen und lassen sie schimpflich enden durch das Ziel ihrer Kameraden. So verlangt es Recht und Ordnung. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Recht!) Mit dem Anführer machen wir auch wenig Federlesen. Darum erbitten wir von Ihnen die Mittel, die es uns möglich machen, darauf zu verzichten, derartige Exempel zu statuieren. (Beifall rechts.)

Preussischer Justizminister Schönstedt: Der Abgeordnete Mundel hat mit der ihm eigentümlichen Beredsamkeit, die ihm stets einen oratorischen Erfolg sichert, sich der Vorlage als eines unglücklichen Kindes angenommen und erwähnt, daß seine eigentlichen Eltern nicht mehr vorhanden seien. Ich kann mich auch zu den Stiefeltern rechnen, denn als ich in die preussische Regierung eintrat, habe ich das Gesetz bereits fertig vorgefunden. Auch ich habe es einer wohlwollenden Prüfung unterworfen, bin aber nicht zu dem Resultat gekommen, daß es der Ablehnung wert sei. Die Partei des Abgeordneten Mundel hat sich immer dagegen verwahrt, daß auf dem Gebiet, auf dem der vorliegende Gesetzentwurf für eine Kräftigung der Staatsgewalt sorgen will, Ausnahmefälle zulässig seien. Abg. Mundel hat eine Entdeckung gemacht, die nicht einmal von dem sozialdemokratischen Redner gemacht worden ist, daß es sich nämlich in dem vorliegenden Falle um ein Ausnahmefälle handelt. Darüber ist in dem Hause doch wohl sonst keine Meinungsverschiedenheit vorhanden, daß dieses Gesetz auf dem Boden des gemeinen Rechtes steht. Wenn ein Bedürfnis für das Gesetz nicht nachgewiesen erscheint, so ist es sicher den weitesten Kreisen der Bevölkerung nachgewiesen. Gehen Sie nur in Stadt und Land, in die Kreise der Bürger und ihrer Frauen, Sie werden finden, daß man erfaucht ist, wie solche Dinge, wie sie heute häufig in der Presse stehen, ungefragt bleiben. Daß sich das Gesetz nicht nur gegen anarchische Sozialdemokraten richten würde, sondern daß alle Kreise von ihm betroffen würden, dessen waren wir uns vollständig bewußt, und es ist uns wünschenswert, daß man sich überall eine etwas größere Beschränkung auferlegt. Für die Unparteilichkeit unserer deutschen Richter kann ich mich wohl auf die eigenen Erfahrungen des Abg. Mundel berufen. Der Abg. Hänel, der derselben Partei wie Herr Mundel angehört, hat selbst 1878 die Anregung gegeben, den § 190 des Strafgesetzbuches zu erweitern. So ändern sich die Ansichten! Weisen Sie das Gesetz nicht pure zurück, sondern legen Sie Ihre bessernde Hand an die einzelnen Paragraphen des Gesetzes. Die Regierung wird Ihnen dankbar sein, wenn Sie das Gesetz verbessern in dem Sinne, in dem es gemeint ist. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bennigsen (natl.): Bei der Rede des Abgeordneten Mundel mußte man sich wirklich fragen, ob wir uns in einer ernsthaften Beratung befinden, so gleichgültig behandelte er die Sache in einer Lage, wo die Augen Deutschlands auf die Volksvertretung gerichtet sind, wo man hofft, daß es trotz der vielfachen Gegensätze gelingen wird, eine Verständigung herbeizuführen darüber, wie der Kampf mit den Revolutionären wirksamer und besser durchgeführt werden könne. Im Volke versteht man es nicht mehr, wo die Gerichte und die Gesetze bleiben, daß man ruhig wartet, bis die Herren Sozialdemokraten einmal loschlagen werden. Das deutsche Volk erwartet, daß diesen Zuständen endlich einmal ein Ende gemacht wird. So harmlos und schmerzhaft wie Herr Mundel sehen selbst seine Gesinnungsgenossen die Sache nicht an; selbst der Führer der Partei betrachtet die Sache doch ernsthafter als Herr Mundel, der diese Vorlage mit einigen juristischen Scherzen abzutun gedenkt. Einer der früheren Führer der Partei des Herrn Mundel, Herr Hänel, hat eine Verschärfung des gemeinen Rechts 1878 für notwendig gehalten; er hat damals einen Vorschlag gemacht, welcher dem § 190 der Vorlage entspricht, ja vielleicht noch weiter geht in der Uebersetzung von Befugnissen an die Richter. Herr Mundel und Herr Auer haben den Nachweis des Bedürfnisses vermisst. Sofort nach dem Fortfall des Sozialistengesetzes wurden von der Regierung und von den Parteien Änderungen, Verschärfungen des gemeinen Rechts als notwendig bezeichnet, wie sie in anderen Staaten längst vorgenommen sind angesichts der verschiedenen anarchischen Attentate. Da wundert sich die Herren, daß man sich endlich jetzt in Deutschland dazu entschließt. Verwunderlich ist nichts als die Lässigkeit, mit der man bisher den Dingen zugehört hat. Wenn auch Herr Mundel für seine Partei die Ablehnung der Vorlage in Aussicht gestellt hat, so wird sich doch mit Hilfe der Partei des Herrn Gröber vielleicht eine Mehrheit finden. Herr Gröber meint allerdings, daß dem Zentrum die Zustimmung sehr schwer würde, weil es verschiedene Wünsche hat. Das ist das unangenehme in diesem Kampfe, daß die bürgerlichen Parteien ihre besondern Wünsche und Meinungen haben. Das wird nicht eher besser, als bis alle Meinungsverschiedenheiten untergeordnet werden dem Kampfe gegen die Unfurtpartei. Das Jesuitengesetz halte ich nicht im Gegensatz zum Grafen Limburg-Sturum für ein Ausnahmefälle. Aber wenn auch die Jesuiten nicht zugelassen sind, so sind doch in den Einzelstaaten Orden anderer Art in so großer Zahl in Thätigkeit, wie früher niemals: ich kann das aus eigener Erfahrung beurteilen. Die Beschwerden des Zentrums sind zum größten Theil abgestellt; den Vertretern des Zentrums wird es von Jahr zu Jahr schwieriger, eine halbwegs anständige Liste von katholischen Beschwerden zusammen zu stellen. (Weiterer Beifall rechts. Widerspruch im Zentrum.) Die Erinnerung an die früheren Dinge sollte also das Zentrum nicht von dem gemeinsamen Vorgehen mit den anderen Parteien abhalten; es sollte daraus keine besonderen Bedingungen herleiten. Die liberalen Parteien haben auch allerlei Wünsche und die Konservativen auch; selbst die letzteren würden es als eine Veleidigung ansehen, wenn man von ihnen vermuten sollte sie würden die Vorlage erst nach Erfüllung ihrer besondern Wünsche annehmen. Die Prüfung der Einzelheiten kann nicht im Hause geschehen; ich nehme an, daß manche Änderungen in der Kommission vorgenommen werden. So ungeheuerliche Dinge stehen in der Vorlage nicht drin, wie man allerdings mehr nach der Rede des Herrn Mundel als nach der des Herrn Auer annehmen sollte. Gegen jede Strafbestimmung kann man Einwendungen machen; jeder Ausdruck kann vom Richter mißverständlich aufgefaßt werden; man würde danach nie zum Abschluß eines Gesetzes kommen. Man sagt, wie soll der Richter in der Lage sein, darüber zu urtheilen, ob eine Absicht vorhanden gewesen ist. Wenn das nicht möglich ist, dann kann man beinahe das ganze Strafgesetzbuch bei Seite legen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Das wird vom Richter in vielen Tausenden von Fällen verlangt. In Bezug auf die militärischen Dinge hat der Kriegsminister sich bereits mit der bei ihm bekannten Leutlichkeit ausgesprochen. Gottlob ist die Sache bis jetzt noch nicht schlimm; das Eindringen der Propaganda in die Kasernen ist bisher noch sehr gering. Die Agitation hat bisher keine erheblichen Erfolge gehabt; sie wird aber unablässig betrieben; denn wenn es nicht gelingt, im Militär für den Unfurtpropaganda zu machen, dann würde es ein verzweifelter Wahnsinn sein, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Weshalb sind denn die meisten Revolutionen gelungen? Siegreich waren sie erst, wenn das Militär nicht mehr so zuverlässig war, daß man den Aufstand bändigen konnte, oder wenn das Militär mit der Revolution fraternisierte. (Zuruf der Sozialdemokraten: Das haben Sie wohl 1848 mitgemacht!) 1848 liegt in weiter Vergangenheit (Lachen bei den Sozialdemokraten); dafür kann meine Partei nicht mehr verantwortlich gemacht werden. Uebrigens ist auch damals die Bewegung nieder-

geschlagen worden. In der Vorlage ist überall die Entscheidung in die Hand der Richter gelegt, nur bei der vorläufigen Beschlagnahme von Druckschriften soll die Polizei eingreifen können; aber nur im Falle der Gefahr. Es sollen alle die Einrichtungen der heutigen Staatsordnung, welche die Grundlage derselben bilden, geschützt werden vor beschimpfenden Aeußerungen; die ärgste Kritik soll dadurch nicht ausgeschlossen werden, auch nicht der Angriff gegen einzelne Formen, welche die Institute der Familie, der Ehe, des Eigentums u. s. w. im Verlaufe der Zeit angenommen haben. Wenn das nicht deutlich aus dem Gesetz hervorgeht, so kann man das ändern. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Begriff des Eigentums wechselt, daß z. B. das Grundeigentum, wie es früher in Deutschland der Fall war, wieder Kollektiveigentum wird. Daß gegen eine solche Erörterung eingeschritten werden sollte, ist ein Unsin, den man vom Richter nicht erwarten kann; aber unsere Richter sind wirklich nicht so bornirt, wie man es nach den Reden annehmen sollte, denn sonst könnte man ihnen die Ausführung des Strafgesetzbuches garnicht in die Hand geben. Herr Gröber hat gemeint, der Schutz der Religion wäre eitel, weil die Bestimmungen leicht umgangen werden könnten. Ein Redakteur könnte also ruhig das Christenthum beschimpfen, weil das nicht identisch sei mit der Religion im Allgemeinen. Ich möchte keinem sozialdemokratischen Redakteur raten, auf die Autorität des Herrn Gröber hin, eine solche Beschimpfung des Christenthums zu versuchen, er würde doch hart bestraft werden. Durch die Vorchrift über den Schutz der Monarchie wird die Propaganda für die Republik nicht gehindert. Es können historisch die Vorzüge derselben in einer anständigen, nicht beschimpfenden Weise erörtert werden. Es kann die Ersetzung der Monarchie durch die Republik in anständiger Weise verlangt werden. Wenn die Monarchie jetzt eines größeren Schutzes bedarf als früher, so beruht das darauf, daß die früheren Zeiten und Jahrhunderte für unsere Monarchen in Deutschland besser gewesen sind als für andere Länder. In Amerika ist die Monarchie gänzlich beseitigt, ebenso in Frankreich; in England ist die Monarchie ein schönes Ornament; in den romanischen Ländern ist die Monarchie sehr schwach. In Deutschland allein steht die Monarchie so fest und so hoch, daß es sich der Wähe verlohnt, dagegen anzukämpfen. Hier wird die Entscheidung über die monarchischen Staatsformen wahrscheinlich in dem nächsten Jahrhundert gefällt werden, hier wird es sich entscheiden, ob die Monarchie noch bestehen kann für große Völker oder ob sie durch eine andere Form ersetzt werden muß. Hier wird also der Widerstand auch am größten sein. Hier ist die Monarchie noch immer ein wahres Volkseigentum gewesen. In den Fürsten hat das deutsche Volk seine Existenz erkannt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die einzelnen Mißbräuche in der Geschichte kommen dabei nicht in Betracht. Wie hat sich das Fürstenthum in den Dienst des Volkes gestellt. Der Ausspruch des großen Friedrich, daß der Fürst der erste Diener des Staates sein soll, ist bezeichnend für uns. Dieses große löbliche Gut wollen wir uns bewahren und schätzen. (Beifall rechts.) Herr v. Stumm hat es verstanden, in seiner Fabrik die Sozialdemokraten vollständig auszuschließen. Das hat den Unwillen der Sozialdemokraten erregt, aber sie werden ihm das Recht zu seinem Verhalten nicht bestreiten. Dieser scharfe Gegensatz zwischen ihm und der Sozialdemokratie kommt auch hier im Reichstag zuweilen zum Ausdruck. Er hat gestern sein Programm für ein Sozialistengesetz mitgeteilt. Solche Maßregeln, wie er sie vorschlägt, würden auf die Dauer, und das ist doch das Entscheidende bei solchen Dingen, sehr verderblich wirken. In dem Sozialistengesetz war auch schon die Ausweisung der sozialistischen Führer vorhanden. Im Augenblick würde durch die Ausweisung die Organisation der Sozialdemokratie erheblich gestört werden, aber was danach kommt, das weiß man nicht. Dann behalte ich doch lieber die jetzigen Herren Kollegen hier; sie werden besser sein als diejenigen, welche nach einer solchen Maßregel in den Vordergrund treten würden. In der sozialdemokratischen Partei sind viele Personen, welche von den großen Zielen der Partei gar kein Verständnis haben, wenn sie auch den sozialdemokratischen Vereinen, die vielfach einen ganz harmlosen Charakter haben, angehören. Wie soll man in Deutschland, im Lande der allgemeinen Wehrpflicht, diesen bewußten oder unbewußten Anhängern der Sozialdemokratie das Wahlrecht entziehen? Das würde eine Zerstörung unserer ganzen Verhältnisse bedeuten; das könnte nur durchgeführt werden, wenn eine Revolution ausgebrochen und niedergeschlagen ist. Die große Bewegung der Arbeiter ist eine historische, in welcher die Entscheidung erst nach Menschenaltern gefällt werden wird. Wir haben in Deutschland den Bauernaufstand gehabt, aber nicht einen Aufstand der Arbeiter. Die Bewegung der Arbeiter erscheint erst seit der Mitte des Jahrhunderts, während früher die Arbeiter eine passive Masse waren. Die Arbeiter treten auf mit dem Bewußtsein ihrer Interessen und ihrer Kraft, ausgerüstet mit werthvollen gesetzlichen Rechten, und zwar besonders tritt die Bewegung in Deutschland auf; mit dem bloßen formalen Recht begnügt sich niemand; die Arbeiter verlangen einen Antheil an den Gütern der Kultur. Niemand wird glauben, daß die wirklich berechtigten Forderungen auf die Dauer durch Anwendung von Gewalt zurückgehalten werden können. Die Entscheidung des Kampfes wird davon abhängen, ob es gelingt, diese Forderung zu gewähren im Wege einer Reform, die alle anderen Klassen mitumfaßt. Das ist der Gegensatz zwischen uns und der Sozialdemokratie. Wir halten die Reform für möglich, die Sozialdemokratie aber meint, auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung sei die Erreichung ihrer Ziele unmöglich. Die Aufgabe der Regierung und der bürgerlichen Parteien ist es, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter in einen menschenwürdigen Zustand kommen. Ich hoffe, daß der Kampf schließlich mit dem Siege der bürgerlichen Parteien enden wird. Herr Gröber hat gegen die deutschen Professoren und gegen die deutsche Wissenschaft verschiedene Vorwürfe erhoben. Ich weiß nicht, wie er das mit der Vorlage in Zusammenhang gebracht hat. Denn wenn die Professoren solche Dinge vorbringen, wie sie hier mit Strafe bedroht sind, dann werden sie ebenso bestraft wie jeder andere. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Dann haben Sie gar kein Vertrauen zu den Richtern mehr! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein!) Besonders hat Herr Gröber die Professoren der Philosophie und der Naturwissenschaft gekennzeichnet. Die deutsche Wissenschaft — nach der Verfassung ist die Wissenschaft und ihre Lehre frei — ist eine voraussetzungslose; das ist eine notwendige Bedingung ihrer Freiheit. Ich möchte doch glauben, daß die Versuche, welche gemacht werden sollen, in diese Freiheit einzugreifen, abgeschlagen werden. Unsere deutsche Wissenschaft kann sich mit der eines jeden Landes messen; sie findet überall im Auslande Anerkennung; ja es hat Zeiten gegeben, wo die Deutschen allein auf ihre Wissenschaft und Kunst stolz sein konnten, weil wir keinen Nationalhaß hatten; man spottete damals über die deutschen Denker. Deshalb soll jetzt bei dieser Vorlage ein solcher Angriff auf die Professoren und die Vertreter der Wissenschaft ermöglicht werden? (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Hier wird sich zeigen, ob die Deutschen und ihre Vertreter im Stande sind, kleine Dinge zu vergessen und über große sich zu einigen, und ob sie dazu beitragen wollen, der fortgesetzten Mitharbeit der Sozialdemokratie ein Ziel zu setzen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Barth (fr. Bgg.) verweist darauf, daß 1875, als die Regierung mit einem ähnlichen Gesetze kam, die Nationalliberalen das Gesetz abgelehnt haben. Im Namen der nationalliberalen Partei ist sogar erklärt worden, daß diese Vorlage für sie nicht einmal zur Beratung kommen könne. Die Nationalliberalen

haben danach gehandelt; sie haben die Vorlage nicht einmal in die Kommission geschickt, sondern ohne weiteres im Plenum abgelehnt. Der Antrag Hänel könnte gegen die Freilassung um so weniger vorgehalten werden, daß hätte auch Herr v. Bennigsen in kühler Weise anerkennen sollen, als Herr Hänel diesen Antrag nur gestellt hat, um die Frage in Anregung zu bringen. Er selbst hat den Antrag nicht einmal als für sich selbst verbindlich betrachtet. Mit solchen Anträgen und Erklärungen, die vor 15 Jahren und mehr erfolgt sind, sollte man doch jetzt nicht mehr kommen, wo wir mit Ausnahmefällen, und gerade mit der Sozialdemokratie so viel Erfahrungen gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat sich nur ausgedehnt, weil ihr Wesen beruht auf dem Glauben von der unbegrenzten Staatsomnipotenz. Die Politik der letzten 15 Jahre, an der auch die Nationalliberalen Schuld sind, war ja weiter nichts als ein Vorgehen auf die Omnipotenz des Staates. Alle Stände sind aufgereizt worden, sich an den Staat zu wenden; Handwerker und Bauern hat man aufgemuntert, ihre Wünsche vorzutragen. Der ganze Bund der Landwirthe ist ja nur dazu begründet, diese Bewegung im Gange zu halten. Wenn wir vom idealistischen Standpunkte aus uns dagegen aussprechen, tanzen alle anderen Parteien um das sozialistische Kalb mit. Deshalb ist es kein Wunder, daß die Sozialdemokraten so großen Zulauf haben. Wenn die herrschenden Parteien sich Theile verschaffen, so war es begrifflich, daß die Arbeiter als die schlechtesten Gestalten auch ihre Ansprüche machten. Durch die Zwangsversicherung wollte man der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen, man hat das aber nicht erreicht, sondern die Sozialdemokraten sehen darin das Anerkenntniß für die Richtigkeit sozialdemokratischer Ansprüche. Der Kaiserjunker konnte nicht ausbleiben. Die Sozialdemokraten waren nicht zu befriedigen, es riß endlich die Geduld und nun will man mit Gewalt dreinschlagen und kommt mit einem Unfurtpgesetz, welches ja nur der Anfang sein soll. Die Rede des Herrn v. Stumm muß Herrn von Bennigsen bedenklich machen. In den beiden Paragraphen, welche das Programm des Herrn v. Stumm enthalten, zeigt sich der reinste Fanatismus gegen die Rechtsgleichheit, der Gewaltgedanke in der schroffen Form. Nicht bloß die Führer der Sozialdemokratie, sondern alle Sozialdemokraten will Herr von Stumm ihrer Rechte entkleiden und er hat ferner hingewiesen auf den Pfarrer Raumann auf den Dichter der „Weber“ auf diejenigen, welche das Drama zur Aufführung gebracht haben und auf die Professoren, welche sozialistische Ideen vertreten. Wenn schon solche Gewalttaten vorgefallen sind, dann muß man der Vorlage gegenüber noch vorsichtiger sein. In der historischen Beurtheilung von Revolutionen lasse ich mich nicht beeinflussen dadurch, daß ich Gewaltthaten verurtheile. Der Abfall der Niederlande und manche andere Revolution, z. B. die Revolution von 1806 halte ich für sehr segensreich, die Schuld an diesen Revolutionen mißt der Historiker denjenigen Gewaltthaten bei, welche eine vernünftige Freiheit verhindert haben. Deshalb muß jede gesetzliche Bestimmung daraufhin angesehen werden, ob sie die Anwendung der freien Diskussion unmöglich macht und gewaltsam verhindern will; denn dadurch wird jede Bestimmung in ihrer Wirkung gelähmt, welche gegen die Gewaltthat sich wendet. Grundsätzlich verschließe ich mich der Prüfung der Vorlage nicht, soweit sie sich gegen die Gewaltthat wendet. Bedenklich werde ich erst bei den Bestimmungen, welche die freie Diskussion verhindern durch lauschulartige Bestimmungen. Daß eine bessere Fassung meinem vorsichtigen Standpunkte entsprechend gefunden werden sollte, bezweifle ich. Nach § 190 sollen die Monarchie, das Eigentum, die Familie, die Ehe u. s. w. geschützt werden gegen Angriffe; Herr Niedering hat allerdings erklärt, daß die Kritik dieser Institute nicht ausgeschlossen werden solle. Aber wenn nur die Begriffe geschützt oder nach dem Aberglauben der Süddeutschen-Julianer wie alle Gegenstände, die dort die Herrscher berührt haben, für tabu erklärt werden sollen, so wird das Gesetz keine erhebliche Wirkung haben. Was bedeutet das Eigentum, die Ehe u. s. w.? Herr von Bennigsen hat ja erklärt, daß diese Dinge in beschränktem Maße sind. Wie kann man da die Kritik ausschließen? Daß die Kritik nur strafbar sein soll, wenn sie eine beschimpfende ist und den öffentlichen Frieden gefährdet, ist nicht genügender Schutz; denn schließlich kann jede scharfe Kritik als friedensstörend bezeichnet werden. Hier wird der erste Schritt gethan zur Beschränkung der Freiheit der Forschung, indem gewisse Angriffe der öffentlichen Diskussion entzogen werden. Niemand wird eine Definition des abstrakten Begriffs Religion geben können und trotzdem soll der Begriff zur Unterlage eines Strafverfahrens gemacht werden! Herr Gröber hat Ausprüche über das Eigentum von Professoren verlesen; er hätte sich eben so gut auf die Kirchenväter berufen können, von denen z. B. Clemens sagt: Eigentlich sollte alles allen gehören, die Ungerechtigkeit hat das Privateigentum geschaffen. Wenn das Gesetz so ausgelegt wird, wie es nach den Anschauungen der Nationalliberalen ausgelegt werden soll, dann hat es keine Wirkung und mit einem solchen Gesetz glaubt man die weltgeschichtliche Bewegung der Sozialdemokratie bekämpfen zu können. Bei der ersten Beratung des Staats sagte der nationalliberale Redner: Das Gesetz werde die Sozialdemokratie nicht beseitigen, aber es giebt der Bevölkerung den Beweis, daß der Staat sich noch nicht ohnmächtig fühlt. Ist es nicht ein Beweis der Ohnmacht des Staates, daß er ein Gesetz giebt, welches keine Wirkung hat? Herr v. Stumm hat auf den sozialdemokratischen Kalender verwiesen, der anarchische Attentate aufzählte. Der Kalender ist eine Geschmacklosigkeit, eine revolutionäre Schneidigkeit, aber durch diesen Kalender wird niemand verführt. Hat sich denn die Sozialdemokratie in revolutionärer Weise entwickelt? (Zuruf bei den Nationalliberalen: Ja!) Davon fehlt jeder Beweis, ja jede innere Wahrscheinlichkeit. Eine so gut disziplinierte Partei wie die Sozialdemokratie kann von der Gewalt keine Vorteile erwarten. Die Sozialdemokraten haben so viel Nachteile zu erwarten von der Anwendung der Gewalt, daß sie, um ein geflügeltes Wort zu gebrauchen, furchtbare Esel sein müßten, wenn sie auf die Gewalt verfallen wollten. Die Führer der Partei wären dann geliefert vor der ganzen öffentlichen Meinung, wenn sie die Gewalt zulassen wollten. Durch die überhäufenden Redensarten in öffentlichen Versammlungen darf man sich nicht täuschen lassen. Nicht aus Tugendhaftigkeit, sondern aus Vernunft und Parteinteressen müssen die Führer die Partei von jeder Gewaltthat zurückhalten. Was sollte die sozialdemokratische Partei anfangen, wenn sie durch Gewalt zur Regierung käme? Es sind ja noch nicht einmal die ersten Fundamente des sozialistischen Staates vorhanden; denn es handelt sich ja nicht um solche Bagatellen, wie Monarchie oder Republik, sondern um eine ganze soziale Neuordnung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die bürgerliche Gesellschaft nur ihre Besonnenheit behauptet und sich nicht beirren läßt durch solche der Aengstlichkeit, mit dem Bewußtsein der Kraft entsprungene gesetzgeberische Maßregeln, dann wird es mit der Herbeiführung des sozialistischen Staates noch lange dauern. Denn sobald die Erörterungen anfangen, wird sich der Widerstand schon geltend machen. Der Gesundungsprozeß wird durch solche gesetzgeberischen Maßregeln aber unterbrochen. Gerade als überzeugter Vertreter der Anschauungen der jetzigen bürgerlichen Gesellschaft lebe ich das Gesetz in seinen Kernpunkten von vorn herein ab, weil dadurch die bürgerliche Gesellschaft und der Bestand des Deutschen Reiches gefährdet werden würde.

Abg. Colbus (Klaffer) spricht sich gegen das Gesetz aus. Für die Religion treten auch wir ein; er wolle auch die Umhänger bekämpfen, die direkt oder indirekt den Umwurf herbei-

fahren wollen. Aber bisher habe man noch nicht gesagt, was man unter Umsturpartei versteht. Vielleicht rechnet man dazu auch alle diejenigen, welche nicht zu allem Ja und Amen sagen, z. B. die Katholiken, die Polen, die Elsaß-Lothringer. Mag der Zweck der beste sein, die angegebenen Mittel sind nicht geeignet, den Zweck zu erreichen; es wird nur allgemeine Verwirrung und Unordnung entstehen. Wollte man den Umsturz bekämpfen, so müßte man der Kirche ihre Freiheit wiedergeben und den Jesuiten die Rückkehr gestatten; denn ein einziger Jesuit wird mehr zur Bekämpfung des Umsturzes thun können, als ein ganzes Regiment von Polizeisoldaten. (Weiterkeit.) In die Schule sollte mehr Religion gebracht werden; in der kostbaren Straßburger Universität ist keine Spur und kein Funke von Religion (Weiterkeit); in den Gymnasien und Realschulen, ja sogar in den Volksschulen ist es ebenso. Es giebt viel zu viel Ausnahmesehene, namentlich die Diktatur in Elsaß-Lothringen, welche das Volk immer mehr erbittert. Der Minister v. Köller kann davon erzählen. An diesem Gebäude des Reichstages, beim Portal II findet sich eine Kugel mit der Bezeichnung Elsaß, und auf dieser Kugel liegt ein großer Löwe. Die Kugel sind wir Gefässer, der Löwe ist die Diktatur. (Weiterkeit.) Wird das Elsaß durch Deutschland erfassen, (große Weiterkeit) deshalb weg mit allen Ausnahmesehene, weg mit diesem Löwen. (Große Weiterkeit.)

Darauf wird um 5 1/2 Uhr die weitere Berathung bis Freitag 1 Uhr vertagt.

Lokales.

Warum am 27. Januar die Sonntagdrube beschränkt ist. Das Polizeipräsidium erläßt folgende Bekanntmachung:

„Mit Rücksicht darauf, daß der Geburtstag des Kaisers in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, hat das Polizeipräsidium seine Organe angewiesen, am Sonntag, den 27. d. M., gegen das Ausstellen von Laternen an unvorhängten Schaufenstern dann nicht einzuschreiten, wenn diese Schaufenster zugleich der Bedeutung des Tages entsprechend dekorativ beziehungsweise illuminiert werden. Die Vorschriften über die Sonntagdrube im Handelsgewerbe werden hierdurch jedoch nur insoweit berührt, als es den Geschäftsinhabern gestattet werden muß, einzelne Angestellte zur Ueberwachung der zur Illumination gebrauchten Brennkörper auch außerhalb der für den Betrieb des Handelsgewerbes gesetzlich festgelegten Zeit zu beschäftigen.“

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß eine ganze Reihe Hoflieferanten und solcher Leute, die es werden möchten, einem Teil ihres Personals die Sonntagdrube rauben wird. Man kann sich vorstellen, mit welcher Begeisterung die Arbeiter am 27. Januar ihrer Illuminationspflicht genügen.

Es versteht sich, daß bei dieser Gelegenheit auch die Staats-erhaltenen einer königlichen Haupt- und Residenzstadt nach agrarischen Muster für ihren Patriotismus einen möglichst hohen Marktpreis zu erzielen suchen. Die tapfere Streiterin im Kampf für Ordnung, Religion und Sitze, die „National-Zeitung“, giebt in der Erwartung, daß sich auf Kosten der Arbeiter ein möglichst hoher Reiback aus der Königskrone herauswinden lasse, bereits folgenden, recht deutlichen Wunschzettel zum besten:

„Es wird demnach wohl fortan kein Widerspruch erhoben werden können, wenn für alle Sonntage im Dezember das Offenhalten der Läden bis 10 Uhr abends, die Stunde etwa, zu welcher auch Illuminationen stattfinden, geordert werden wird.“

Anerkennung verdient das „Volk“, das die polizeiliche Mittheilung „sehr eigentümlich“ nennt und sich dann wie folgt über sie äußert:

„Und steht die Sonntagdrube zu hoch, als daß es wir für angemessen halten, daß man sie den Angestellten raubt, um sie zur Ueberwachung der Illumination zu benutzen.“

Thierschuh und Menschenchuh. Infolge des starken Schneefalles und der Kälte ist die Nachfrage nach Decken und Unterlagen für Riehunde, welche der Deutsche Thierschutz-Verein an unbemittelte Hundebesitzer giebt, so stark, daß der Vorrath nahezu erschöpft ist. Der Verein bittet daher erneut mitleidige Menschen, ihm alle Teppiche, Decken, Läufer, Kissen und dergleichen durch die Paketfahrt zuzusenden. Würde eine annähernd gleiche Fürsorge sich auch für die vielen tausende Menschen geltend machen, die zur Zeit in Kälte und Elend verkommen.

Die Zustände bei der Berliner Dampf-Straßenbahn spotten gegenwärtig jeder Beschreibung. Wie uns mitgeteilt worden ist, haben die Fahrgäste, welche an den Haltestellen gleich nach der Durchfahrt der Züge eintrafen, auf die nächsten Züge bis zu anderthalb Stunden lang warten müssen. Und wie lange Zeit sie dann noch zu der Fahrt brauchten, läßt sich leicht denken. Am Dienstag aber konnte, obgleich kein Schneefall wieder eintrat, auf den sämtlichen Dampfstraßenbahnen nicht einmal der halbe Betrieb stattfinden, weil das ganze Pferdmaterial für die sonst mit den Dampfzügen abwechselnd fahrenden Pferdebusenwagen infolge der Strapazen der vorhergegangenen Tage krank war.

In der Urania stellte Herr Spies gestern vor einem geladenen Publikum neue Experimente mit den Tesla'schen Strömen an. Durch einen eigenartigen Transformator bringt der kundige Elektriker Wechselströme von solcher Größe hervor, daß die Schwingungen in dem unfaßbaren Zeitraum von einer hundertstel Sekunde vor sich gehen. Die Spannung beträgt 20 000 Volt, und obgleich 2000 Volt in der amerikanischen Zivilisation schon genügen, einen Verbrecher hinzurichten, so läßt der Experimentator die verheerliche Kraft durch seinen Körper gehen, ohne in geringsten davon angegriffen zu werden. Die Stärke des erzeugten Stromes wurde unter anderem dadurch anschaulich gemacht, daß Herr Spies sich in ein Holzgestell einschloß, durch den Draht, der dasselbe umgab, die hochgespannten Wechselströme leitete und durch die Wirkung derselben ohne weiteren Verbindungsrath eine Glühlampe, die er an seinem Körper befestigte, in Funktion setzte. Die Wirkung der ohne Leitungsrath fortgeführten Elektrizität wurde zum Schluß durch Versuche mit Weiser'schen Hörnern veranschaulicht, die an das im Parquet sitzende Publikum vertheilt, im verdunkelten Raum zu leuchten begannen. Ueber die Bedeutung dieser interessanten Versuche für die Technik gedenken wir in den nächsten Tagen eine besondere Abhandlung zu bringen.

Bei der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin sind im Laufe des Vierteljahres Oktober-Dezember 1894 167 Anträge auf Gewährung von Altersrente eingegangen, aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1894 lagen noch 37 Anträge vor, über die Entscheidung noch ausstehend. Von diesen 204 Anträgen sind bewilligt 143, abgelehnt 32, anderweit erledigt 3 und unerledigt auf das folgende Vierteljahr übernommen 26. Bis zum 31. Dezember 1894 waren insgesammt bewilligt an Altersrenten 2713. Von diesen sind ausgeschieden durch Tod 390, aus anderen Gründen 42, zusammen 432, so daß am 1. Januar 1895 2281 Altersrenten-Empfänger vorhanden waren. — Innerhalb des gleichen Vierteljahres sind 353 Anträge auf Gewährung von Invalidenrente eingegangen und 153 erledigt aus dem Vorvierteljahr übernommen. Von diesen 506 Invalidenrenten-Anträgen sind 276 bewilligt, 121 abgelehnt, 19 anderweit erledigt, 90 unerledigt auf das folgende Quartal übernommen worden. Invalidenrenten sind bis zum 31. Dezember 1894 überhaupt 1468 bewilligt worden. Ausgeschieden sind in zwischen durch Tod 247, aus anderen Gründen 21, zusammen 268; mithin war am 1. Januar 1895 ein Bestand von 1200 Invalidenrenten-Empfängern aufzuweisen.

Die diesjährige „Große Berliner Kunstausstellung“ wird bereits am 1. Mai eröffnet und länger als bisher, nämlich

bis zum 29. September einschließlich, dauern. Die auszustellenden Arbeiten sind zwischen dem 11. und 23. März im Ausstellungsgebäude abzuliefern. — Der Antrag, im Jahre 1896 gleichzeitig mit der Berliner Gewerbe-Ausstellung eine große internationale Kunstausstellung zu veranstalten, ist am Dienstag im Verein Berliner Künstler von dreißig Mitgliedern eingebracht worden. Es soll darüber in einer zum nächsten Dienstag einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung Beschluß gefaßt werden.

Das Kunstgewerbe-Museum veranstaltet in den Monaten Januar bis März d. J. drei Reihen öffentlicher Vorträge, beginnend am 14. bezw. 15. und 17. Januar. Es sprechen: Montags: Direktor Dr. P. Jessen über Geschichte der Möbelformen; Dienstags: Dr. Adolf Brünig über das Beleuchtungsgeräth vom Alterthum bis zur Gegenwart; Donnerstags: Dr. Richard Graul über graphische Künste und Techniken. Die Vorträge finden, wie bisher, abends von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr, im Hörsaal des Kunstgewerbe-Museums, SW. Pring-Albrechtstr. 7, statt. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Moderne Volksschul-Bildung. In unseren Museen und Kunstausstellungen werden Kinder nur in Begleitung Erwachsener zugelassen, äußerst selten kommt es vor, daß eine größere Anzahl von Schülern unter Führung eines Lehrers die Kunstschätze in Augenschein nimmt. Dagegen kann man oft genug sehen, daß größere Schülertrupps von Lehrern durch die Waisenhäuser und die mit Kriegs- und Schlachtenbildern sowie Wäfen und Statuen von Hohenjollerksönigen und Feldherren geschmückte Ruhmeshalle geführt werden; auch wird einzeln oder in kleinerer Zahl kommende Schulkinder der Zutritt ohne jede Führung gestattet. Es scheint hiernach, als ob seitens der Volksschulen auf einen lebhaften Besuch dieser Hallen durch die Schüler hingewirkt wird, wahrscheinlich zur Förderung des mordspatriotischen Geschichtsunterrichts. Unseres Erachtens wäre ein Besuch der Kunstausstellungen unserer Jugend dienlicher, als das Anstarren der Mordinstrumente vergangener und der bildlichen Darstellungen der Mordthaten neuerer Zeit.

Corvin's Pfaffenpiegel, 5. Auflage, ist gestern in der Buchhandlung von Th. Manhofer Nachf., Weinbergsweg 15, konfirmiert worden. Es handelt sich in diesem Falle um die Vollstreckung eines zu Frankfurt a. M. am 11. November v. J. gefällten Gerichtsurtheils, nach dem das von der Staatsanwaltschaft vielbegehrte Buch der Vernichtung preisgegeben werden soll. Der Werthbetrag der konfirmierten Exemplare stellt sich auf 100 Mark 40 Pf. Bekanntlich verhindern weder Konfirmationen noch Kirchenbauten, daß es zu tagen beginnt im deutschen Volke.

Der Sündenbock. Ein Opfer seines Dienstleifers soll der Verkehrsinspektor der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, Herr Konrad, geworden sein. Der Herr ist nach der Werbung verschiedener Blätter von seinem Posten zurückgetreten, weil zwischen ihm und der Direktion Meinungsverschiedenheiten betr. der Sanitäts- und Neuordnung des Abonnementbestandes bestanden haben. Es habe den Anschein, als ob die Direktion gegen die Neuordnung gewesen sei. Manu!?

Gemeinsam in den Tod zu gehen haben die drei Antisemitenblätter „Frei-Deutschland“, „Völkischer Anzeiger“ und „Reichsbote“ beschlossen. Sie wollen sich zu einem Tageblatt verschmelzen, weil es sich so weniger qualvoll an der Abonnement-Schwindsucht sterben lassen soll.

Einen Generalpomp von 1 185 000 M. will die Groß-Viktoria der Gemeinde zur Ausführung verschiedener Bauten aufnehmen. U. a. ist natürlich auch ein Kirchenbau zum Preise von 300 000 M. projektiert.

Brennische Kultur! Die Militär-Verwaltung plant ernstlich in Spandau den Bau von Kasernen für das 1. noch in Kärnten stehende II. Bataillon der Garde-Fusillier-Regiments und das 8. Brandenburgische Pionier-Bataillon, das, obwohl zum III. Armeekorps gehörig, immer noch in Torgau liegt. Außer den Bauplänen für die Kasernenbauten braucht der Militärstatistik für die genannten Truppenteile auch umfangreiche Uebungsplätze, von denen der für die Pioniere an der Havel besetzt sein muß. Die Garnisonverwaltung hat neuerdings die Stadt um Angebote von geeigneten Terrain ersucht.

Allen neuen Kasernen, neuen Kirchen und neuen Umsturparagrafen zum Trost geübt die Sozialdemokratie und wächert der „innere Feind“. Was bleibt übrig, als es in der Noth doch noch mit dem Dr. Eisenhart-Rezept des Königs Stamm zu versuchen?

Trennid und — Feuerwehr. Eine Vereidigung aller im Dienst der Feuerwehr stehenden Spritzenleute hat in den letzten Tagen kompromittirte stattgefunden. Bisher hatten nur die Oberfeuerwehr- und Feuerwehrlente den Eid der Treue zu leisten; jetzt sind sämtliche Angestellte des Korps vereidigt.

Welchen Zweck hat die Erweidung dieser Formalität?

Wie Engros-Schlächtermeister ihrem Beruf obliegen. Ein Engros-Schlächtermeister, der stark an der Börse spekulirt hatte, muß dieses Vergnügen theuer bezahlen. Wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ hört, belausen sich die Differenzen, die der Meister zu zahlen hat, auf nicht weniger als 128 000 M., woran eine Bank mit 40 000 M. befreit ist.

Auch manche seiner Kollegen sollen mehr an der Börse als am Schlachtblock zu Hause sein.

Ein völlig unerwartetes Resultat soll die Untersuchung gegen jene Spitzbubenbande gezeigt haben, welche den Diebstahl von Gasflücht-Körpern zu ihrer Spezialität gemacht hat. Es seien vier Personen deshalb in Untersuchungshaft, die allerdings nicht gemeinschaftlich, sondern ein jeder auf eigene Faust gestohlen haben, weshalb auch gegen jeden Einzelnen besonders verhandelt werden wird. Was alle vier gemeinsam haben, das ist der überraschende Umstand, daß es nicht Spitzbuben „gewöhnlichen“ Kalibers, sondern Kaufleute sind, welche im eigenen Interesse oder im Auftrage Dritter die Gasflücht-Körper gestohlen haben, um Versuche damit anzustellen zu dem Zweck, Patente nachzuahmen oder zu umgehen. Es handelt sich nach dieser, auf ihre Richtigkeit hin zur Stunde nicht zu kontrollirten Meldung, um einen Ausbruch der Konkurrenz, welcher selbst als „neu und eigentümlich“ patentirt zu werden verdient.

Dem Kaiser auf offener Straße Beleidigungen ins Gesicht geschleudert zu haben, wird ein Niddorfer Löpfer namens Schindler beschuldigt. Schindler, der vielfach vorbestraft sein soll, hat die Unanständigkeit, für die er schwer wird büßen müssen, begangen, als der Kaiser vom Mausoleum in Charlottenburg zurückfuhr. Er ist nach einem dortigen Lokalblatt verhaftet worden.

Eine barmherzige Samariterin. Eine polizeiliche Haus-suchung hat überraschende Ergebnisse gehabt, die auf die Privat-Krankenpflege in Berlin ein häßliches Licht werfen. Unter dem Deckmantel einer Missionarstrau hat die jetzt 62jährige Kranken-pflegerin vermittelte Minna Moch, geborene Böhn, in unerhört Weise Jahrzehnte hindurch das Vertrauen hiesiger Wohl-fahrtsanstalten gemißbraucht. Als barmherzige Samariterin gab sie sich überall den Schein, wie aussehend es es mit ihren Mitmenschen meinte, schaute aber dabei keine Mittel und Wege, das gekündete Vertrauen in schänder Weise zu mißbrauchen. Nachdem sie als Pflegerin im früheren Waisenhaus in der Stralauerstraße und darauf im städtischen Krankenhaus am Friedrichshain lange Jahre angestellt war, widmete sie sich der Privat-Krankenpflege. Zunächst velleidete sie als Pflegerin in den Jahren 1876 bis 1880 eine Stellung im französischen Hospital in der Friedrichstraße, und um überhaupt Aufnahme zu finden, machte sie sich durch allerlei künstliche Mittel jugendlicher. Versuchen mit den vorzüglichsten Jeugnissen und der warmen Empfehlung eines hiesigen Geistlichen, wandte sich die Moch an

die Vorsteherin der Krankenpflege-Station VI in der Kirchstraße, um bei etwaigen Krankheitsfällen die Pflege übernehmen zu können. Bereitwillig wurde ihrem Wunsche entsprochen, und im Stadttheil Moabit erhielt die Moch verschiedene Pflegen nachgewiesen. Meistens waren es größere Haushaltungen, so daß „etwa zufällig mitgenommene“ Sachen kaum vermischt wurden. Im letzten Vierteljahr v. J. war nun die Moch bei einer lungenkranken Wöchnerin zur Pflege genommen und bei ihrem Abschiede zu Neujahr fehlten die verschiedensten Wäschestücke. Der Verdacht fiel ganz allein auf die Moch, und nachdem sich eine andere Herrschaft angeschlossen hatte, wurde Strafanzeige bei der Kriminalpolizei erstattet. In der Wohnung, Bollinerstr. 14, wurde vorgestern die Haus-suchung vorgenommen, die über alle Wäsen unerwartet ausfiel. Wäsche, Kleidungsstücke, Porzellan- und Küchenfachen, auch antike Wertgegenstände kamen zum Vorschein, welche zweifellos bewiesen, daß sie aus den verschiedensten Wirthschaften herrührten. Auf die Frage des Kriminalbeamten Fischer, woher die Sachen stammten, erklärte die Moch: „Na, das ist ja so Sitte, wenn eine Kranke stirbt, gehören die Sachen uns.“ Bei der letzten Pflege hatte sie aber einer noch lebenden Schwerverkranken sogar das Bettzeug und dem kleinen Säugling die Kinderwäsche gestohlen in der Hoffnung, daß die Kermisse bald sterben werde. Ueber die bei anderen Herrschaften gestohlene Wäsche fanden sich Pfand-scheine vor, die beschlagnahmt wurden und die Moch räumte ein, andere Pfand-scheine bereits verkauft zu haben. Ein großes Bündel voll Sachen im Werthe von 300 M. wurde sogleich der Wöchnerin zurückgegeben, während die Moch sofort festgehalten wurde.

Ein Berliner Gerichtsvollzieher hatte am Dienstag einen ersten Austritt mit der Spandauer Polizei. Er hatte einen in Spandau vor Anker liegenden Lastkahn, der mit Kohlen beladen war, gepfändet und wollte den Inhalt des Fahrzeuges am Montag versteigern. Als er hiermit eben beginnen wollte, erschienen zwei Polizeibeamte, die erklärten, daß sie Auftrag hätten, die Versteigerung zu verhindern, weil die Polizeiverwaltung von dem Gerichtsvollzieher über die von ihm beabsichtigte Amtshandlung nicht in Kenntniß gesetzt worden war. Der Gerichtsvollzieher wurde darauf von den Polizisten aufgefordert sich zu legitimiren, oder zur Polizeiwache mitzukommen. Da er beides nicht gutwillig thun wollte, so erklärten die Beamten, Gewalt anwenden zu müssen. Erst nachdem sie sich ansahen, ihren Worten Nachdruck zu verleihen, folgte der Gerichtsvollzieher den Polizisten zur Wache, wo er zu Protokoll genommen wurde.

Arbeitertriffo. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich in der in der Kästrinerstraße zu Frankfurt a. O. gelegenen Mälzerei der Brauerei Pagenhofer. Dasselbst wurde der 41 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Schmidt mit getrümmertem Schädel todt aufgefunden. Die näheren Umstände wiesen darauf hin, daß der Unglückliche von der Transmiffion erfasst und sofort getödtet worden ist. Da die letztere durch eine Barriere geschützt war, nimmt man an, daß Schmidt bei der Arbeit ausgeglitten und auf diese Weise in die Transmiffion gerathen ist. Der Verunglückte hinterläßt eine Wittve und sechs unmündige Kinder.

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich in der Nacht zum Donnerstag kurz nach 12 Uhr das 17 Jahre alte Dienstmädchen Selma Krüger das Leben genommen. Die Krüger war bei einer adligen Familie in der Bülowstraße in Stellung und schlief im vierten Stock nach dem Hofe zu. Hausbewohner hörten um Mitternacht einen schweren Fall und fanden auf dem Hofe in einer Blutlache die Leiche des jungen Mädchens.

Die Diebesgesellschaft, welche auf der Anhalter Bahn neuerdings wieder Güterdiebstähle begangen hat, ist verhaftet worden. Es handelt sich hier um den früheren Bahnarbeiter Karasiewicz, dessen Ehefrau und den Ruffcher Sperling. Wegen Diebstahls ist der Bruder Sperlings festgenommen, bei dem ein großer Theil des gestohlenen Gutes gefunden wurde. Andere entwendete Gegenstände sind zum theil verpfändet worden, die Lebensmittel aber verbrannt.

Witterungsübersicht vom 10. Januar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reob. auf d. Meeresp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (0 = 32° F.)
Swinemünde . . .	758	NRD	2	bedeckt	- 0
Hamburg . . .	759	D	3	Nebel	- 3
Berlin . . .	756	WB	3	Schnee	- 5
Biesbaden . . .	759	W	1	bedeckt	- 8
München . . .	755	SB	5	Schnee	- 8
Wien . . .	758	W	6	Schnee	- 6
Paparanda . . .	769	Stil	—	bedeckt	- 11
Petersburg . . .	767	SO	2	bedeckt	- 5
Const. . .	758	SEO	4	halb bedeckt	- 6
Aberdin . . .	760	W	2	halb bedeckt	- 6
Paris . . .	760	DRD	1	bedeckt	- 8

Weiter-Prognose für Freitag, 11. Januar 1895.

Vormiegend trübes Wetter mit Schneefällen, gelindem Frost und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 9. d. M. vormittags fiel in der Königsgräberstraße eine Frau infolge der Glätte hin und brach den Oberschenkel. — Nachmittags wurde in der Müllerstraße ein Knabe durch einen Arbeitswagen überfahren und an beiden Oberschenkeln erheblich verletzt. — In der Schönhauser Allee gerieth ein mit der Reinigung der Pferdebahn-Belastung beschäftigter Arbeiter unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt bedeutende Verletzungen am Oberschenkel und am Rücken. — An der Ecke der Friedrich- und Wasserstraße kam abends eine Frau infolge eines Fehltritts zu Falle und erlitt eine bedeutende Verletzung der Hüfte. — In der Trunkenheit fiel in der Panstraße ein Arbeiter hin und zog sich eine schwere Verletzung am Hinterkopfe zu. — In der Nacht zum 10. d. M. stürzte sich ein Dienstmädchen aus der in der Bülowstraße im vierten Stock belegenen Wohnung seiner Herrschaft auf den Hof hinab und fand auf der Stelle den Tod. — Infolge der Glätte fielen in der Langestraße ein Mädchen und in der Breslauerstraße ein Arbeiter hin und erlitten beide Weindrücke. — Am 9. d. M. fanden elf Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Die Niddorfer Uhren und die Vorkommnisse. Der Mangel einer zuverlässigen öffentlichen Uhr in Niddorf kam dem Restaurateur Paul Hilpert in Niddorf zum theil zu gute, der sich gestern wegen Ueberschreitung der Polizeistunde in zwei Fällen vor der II. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten hatte. Das Niddorfer Schöffengericht hatte ihn zu drei und sechs Mark Geldstrafe verurtheilt und Hilpert hatte Berufung eingelegt, weil er sich in seinem Rechte verletzt fühlte. Im ersten Falle sollte Hilpert am 23. Mai v. J. noch gegen 1/2 12 Uhr sein Lokal offen gehalten haben, obwohl er nur bis 10 Uhr „Polizeistunde“ hatte. Ein Wokendarm war im Lokal erschienen, hatte Feierabend bieten wollen, jedoch die Ankunft erhalten, daß ein Gesangsverein-Besammlung habe, welche polizeilich gemeldet und daher der Polizeistunde nicht unterworfen sei. Der Beamte hatte aber im vorderen Lokal Leute beim Karten- und Billardspiel angetroffen; zwar konnte er nicht angeben, ob dies Mitglieder des Vereins waren, indessen wurde in diesem Falle die Berufung verworfen. Im zweiten Falle handelte es sich um eine gleiche Ueberschreitung am

folgenden Tage, dem 24. Mai. Der als Zeuge vernommene Gendarm Peters bekundete, kurz nach 11 Uhr in das Hilpert'sche Lokal gekommen zu sein, in welchem zahlreiche Gäste anwesend waren. Der Beamte verlangte vom Wirth, er solle Feierabend bieten; dieser weigerte sich, weil es noch nicht 11 Uhr sei und wies übrigens noch, daß er mit polizeilicher Genehmigung einen Statklub in seinem Lokale habe. Es gab noch ein Renkontre zwischen Wirth und Gendarm, welches in einem besonderen Verfahren zu einer Beleidigungs-Anklage geführt hat, doch ist das auf 20 M. lautende Urtheil des Rixdorfer Schöffengerichts infolge der eingelegten Berufung noch nicht rechtskräftig geworden. Der Gendarm Peters bekundete noch, daß ihm von seinen Vorgesetzten der Auftrag geworden sei, das Hilpert'sche Lokal streng zu überwachen, weil der Verdacht bestand, daß in demselben häufig die Bierbojkott-Kommission tagte. (Ein wahrhaft schauerliches Verbrechen! D. N.) Der Verteidiger, R.-M. Morris, legte besonderes Gewicht auf die Feststellung der Zeit, in welcher der Gendarm Feierabend verlangte. Derselbe gab an, er habe seine Uhr nach der Bahnuhr gestellt, während der Angeklagte sich nach der Schuluhr gerichtet haben wollte. Nach Aussage des Gendarmen gebe die Rixdorfer Rathhaus-Uhr selten einmal richtig, niemand könne sich danach richten, später mußte der Gendarm zugeben, daß er sich nach der Pferde-bahn-Uhr gerichtet habe. Auch diese hielt der Gerichtshof nicht für eine maßgebende Uhr und da es in Rixdorf demnach überhaupt nicht eine maßgebende öffentliche Uhr giebt, so hielt es der Gerichtshof nicht für genügend aufgeklärt, ob wirklich eine Ueberschreitung der Polizeistunde vorliege, weshalb in diesem Falle auf Aufhebung des ersten Urtheils und Freisprechung erkannt wurde.

Im Prozeß der dreihundert Nachtwächter gegen die Stadt Berlin stand am vergangenen Montag der erste Termin vor dem Landgericht an; es kam jedoch nicht zur Verhandlung, da der Vertreter des Magistrats sich auf das Vorbringen der Kläger nicht sofort erklären konnte. Sämmtlichen gekündigten Nachtwächtern ist übrigens von seiten des Magistrats ein gedrucktes Zirkular zugegangen, in welchem ihnen nahegelegt wird, lieber von der Klage abzustehen, da für sie doch nichts dabei herauskäme. Die Nachtwächter gedenken jedoch nicht, dieser Warnung zu folgen.

Gegen das Postregal sollte der Expedient des „Hamburger Echo“, Karl Wilhelm Mähl, sich vergangen haben. Er hatte sich deswegen am 7. September v. J. vor dem Landgericht Hamburg zu verantworten und wurde freigesprochen. Nach den Bestimmungen des Postgesetzes sind alle mehr als einmal wöchentlich erscheinenden politischen Zeitungen durch die Post zu befördern, ausgenommen innerhalb zweier Meilen im Umkreise des Publikationsortes oder wenn sie durch expressen Boten befördert werden. Der Kolporteur Putzarten in dem Dorfe Geesthacht, welches von Hamburg in der Luftlinie etwa 25 Kilometer entfernt ist, bezog eine Anzahl Exemplare des „Echo“ durch die Post, bekam sie aber, dank der berühmten Eisenbahnpolitik, die im Zeitalter des Verkehrs gang und gäbe, nach Aenderung des Fahrplanes bedeutend später als ebendem. Er veranlaßte deshalb den Angeklagten, das Zeitungspaket mittels der Eisen-

bahn nach der Stadt Bergedorf, welche weniger als zwei Meilen von Hamburg entfernt ist, zu senden und zwar an eine Frau F. Von dieser Adressatin holte dann der Kausler des nach Geesthacht fahrenden Omnibus das Paket ab und übermittelte es dem Empfänger Putzarten. Das Landgericht nahm zwar an, daß objektiv eine Umgehung des Postregals vorliege, daß aber den Angeklagten keine Schuld treffe. Zwischen Putzarten und Mähl habe eine Geschäftsverbindung derart bestanden, daß Mähl sich verpflichtet habe, die Waare, d. h. die Zeitungen in Hamburg zu liefern. Was also Putzarten betrefft der Verfehlung der Zeitungen angeordnet hatte, dafür treffe Mähl keine Verantwortung. Höchstens aber könne Mähl für die Verfehlung nach Bergedorf verantwortlich gemacht werden. Diese aber verstoße nicht gegen das Postregal, da Bergedorf keine zwei Meilen von Hamburg entfernt sei. — Auf die vom Staatsanwalt eingelegte Revision hob heute das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Es wurde ausgeführt, daß als Bestimmungsort der Zeitungen Geesthacht anzusehen sei, daß der Angeklagte dies gewußt habe und daß er trotzdem die unzulässige Beförderung gestattet habe. Bei diesen durch das Landgericht getroffenen Feststellungen ercheine die Freisprechung nicht gerechtfertigt.

Die Kohle des Eisenbahnstaus. Das Eisenbahn-Betriebsamt Berlin-Bittenberge hatte vor einigen Jahren auf dem Bahnhof Rauen zur vorübergehenden Aufbewahrung eine größere Menge Kohlen gelagert. Trotz des Einspruchs des Bahnhofsvorstehers wurde zum Lagerplatz ein Terrain neben der Landstraße, welche auch den Abldeweg für den Güterverkehr bildete und daher jedermann zugänglich war, gewählt. Die Wegschaffung der Kohlen zog sich in die Länge und als man nach drei Jahren endlich sich anschickte, dieselben nach der für sie definitiv bestimmten Lagerstätte zu bringen, war eingetreten, was man vorausgesehen hatte, von dem Vorrath war im Laufe der Zeit ein Quantum im Werthe von 900 bis 1000 Mark verschwunden. Das Betriebsamt machte den Bahnhofsvorsteher für den Verlust verantwortlich und demgemäß auch ersatzpflichtig. Der letztere meldete die Sache der Polizeibehörde und diese stellte fest, daß von einer großen Anzahl armerer Leute täglich in der Nähe des Bahnhofes Kohlen ausgelesen worden waren. Gegen alle diese wurde Anzeige erstattet, und so standen deren gestern nicht weniger als 34 den ärmeren Volksklassen angehörige Einwohner Rauen vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II., um wegen des Verschwindens der Kohlen zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Angeklagten waren halbwüchsige 14 bis 15 jährige Jungen und Mädchen, welche die Kohlen gestohlen, und ferner deren Eltern, die durch den Verbrauch derselben sich der Hehlerei schuldig gemacht haben sollten. — Die Angeklagten bestritten sämmtlich, von dem Lagerplatz Kohlen entwendet zu haben, sie gaben nur zu, daß sie die von den Wagen herabgefallenen Reste, theilweise Grund, aufgelesen hätten, ohne zu wissen, daß sie sich dadurch eines Diebstahls schuldig machten. Diese Behauptung konnte durch die Beweisaufnahme nicht widerlegt werden. Der als Zeuge vernommene Bahnhof-Inspektor vermochte nicht anzugeben, daß er auch nur einen der Angeklagten auf dem Kohlenplatze gesehen habe, er war auch der Ansicht, daß die Kohlen von keinem der

jungen schwächlichen Personen genommen sein konnten, da die einzelnen Stücke meistens einen Zentner schwer seien. Das Aufsammlen der Abfälle zwischen den Schienen sei zwar nicht erlaubt, doch aber stillschweigend geduldet worden. Die Abfälle wären übrigens für die Bahn werthlos und würden von Zeit zu Zeit zusammengekehrt und als Unrath abgefahren. Auch ein anderer Belastungszeuge, der Schrankschließer auf dem Bahnhofe Rauen, konnte nur bekunden, daß er einmal einen Jungen mit einem kleinen Beutel Kohlen getroffen, welche er diesem abgenommen und der Polizei übergeben habe. Der Bezichtigte, welcher ebenfalls zu den Angeklagten gehörte, behauptete, daß er die Kohlen von Fuhrleuten, denen er Schnaps geholt, als Gegenleistung geschenkt erhalten habe. Auch diese Behauptung konnte nicht widerlegt werden. Bei einem solchen Ergebniss der Beweisaufnahme konnte der Staatsanwalt nur die Freisprechung sämmtlicher Angeklagten beantragen. Der Gerichtshof erkannte demgemäß, daß die Angeklagten von dem Lagerplatz Kohlen entwendet hätten, sei nicht nachgewiesen und wenn sie die abgefallenen Stückchen aufsammlen, so könnten sie dafür nicht zur Verantwortung gezogen werden, da sie sich nicht bewußt gewesen wären, daß sie sich dadurch strafbar gemacht hätten, zumal die Eisenbahn-Behörde stillschweigend damit einverstanden gewesen wäre.

Eingelassene Druckschriften.
Der Sozialdemokrat. Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Seuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungs-Expediteure. Das Abonnement beträgt durch die Post über in Berlin durch die Zeitungs-Expediteure pro Quartal 1,20 M. Preisband 1,40 M.
 Die Nr. 2 vom 10. Januar hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — „Kufserung zum Verbrechen“. — Was lehrt uns der Zug der Jehaufen? — Gerninal. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Vermischtes.
 Aus dem Reichstag. — Zur Handlungsgehilfen-Bewegung in Deutschland. — Der Kongreß des holländischen „Sozialistenbundes“ im Haag. — Unabhängige und Anarchisten. — Gewerkschaftliches.
Sozialpolitisches Centralblatt, herausgegeben von Dr. Feinr. Brauu (Carl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die soeben erschienene Nummer 15 hat u. a. folgenden Inhalt: Ein neues Sozialistengesetz. Von Rechtsanwalt Dr. A. Verthold. — Die Entlohnung der Konsumkraft der Berliner Bevölkerung. Von Dr. Karl Zbiek. — Die Ergebnisse der letzten schweizerischen Volkszählung. Von Rechtsanwalt Otto Lang. — Beschäftigung von Arbeitlosen in England. — Erster nationaler Bergarbeiter-Kongreß in Essen. — Cellerreichliche Streikthaten. — Streik im englischen Waageweise. — Der Ruchhand unter den schottischen Grundarbeitern. — Coonopolis-Sozialer Kursus. — Deutsche Schul-Gesellschaft im Jahre 1894. Von Dr. Max C. Ward. — Arbeitszeit in Indien. — Zur Befreiung über Einigungsämter in Australien.

Briefkasten der Redaktion.
 Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.
Eldorado. Die von Ihnen bezeichneten und alle ähnlichen rothen Kleidarten sind unparlamentarisch.
Vellée. Für Kuhn und Vaterland.
B. 2. Eine Art Mädchenschule besteht im Westen Berlins. Vorsteherin Fräulein Helene Lange.
Schriftseher, Kirchheim. Die Namen zu veröffentlichen ist nicht angängig. — Schriftseher dürften wissen, daß man Manuskripte nur von einer Seite beschreibet.

An die Arbeiterschaft Berlins und Umgegend!

Der Bier-Bojkott ist beendet!

Schon im Laufe desselben war seitens der dem Ring angehörenden Brauereien geplant worden, die wenigen Brauereien, welche in diesem Kampfe eine selbständige Stellung einnahmen, insbesondere die **Münchener Brauhaus Aktien-Gesellschaft nach Beendigung desselben mit vereinten Kräften nach Möglichkeit zu erdrücken**, einerseits, um Revanche zu üben, andererseits, um für den Fall eines neuen Boykotts völlig geschlossen dazustehen. Nunmehr wird diese Absicht mit allen Mitteln durchzuführen gesucht! — **Da man die Unmöglichkeit einsieht, die Qualität unseres Bieres zu bemängeln, hat man den Kampf damit eröffnet, daß unsere Kundschaft von seiten der Ringbrauereien mit Freibier förmlich überschüttet worden ist.** — Dieses Mittel hat sich als wirkungslos herausgestellt, da es sich auf die Dauer als für die Taschen der edlen Spender zu kostspielig erwies, und so hat man denn zu einem neuen Kampfmittel gegriffen, das zunächst von der **Aktiengesellschaft Böhmisches Brauhaus zur Anwendung gebracht wird und darin besteht, den Kunden des Münchener Brauhauses die Tonne Lagerbier mit einem Inhalt von 150—160 Litern, also weit über das übliche Maass hinausgehend, zum Preise von 20 Mark exkl. Spundgeld zu offeriren.** — Wir zweifeln von vornherein nicht daran, daß diese unsere Mittheilung demontirt werden wird und erklären deshalb heute schon, daß wir jedem Interessenten den Beweis der Richtigkeit derselben zu erbringen in der Lage sind. **Der vorerwähnte Preis ist gleichbedeutend mit einem Preise von 15¹/₂ Mark für die gewöhnliche Tonne.** Natürlich sollen zu diesem Preise nur die bisherigen Kunden des Münchener Brauhauses bedient werden, während die übrige Kundschaft der betreffenden Brauerei den üblichen Preis von 20 Mark für die übliche Tonne weiter bezahlt.

Es ist unzweifelhaft, dass die A.-G. „Böhmisches Brauhaus“ lediglich beabsichtigt, unsere Kunden an sich zu reißen und nur so lange, als bis ihr dies gelungen sein sollte, diesen **Ausnahmepreis aufrecht erhalten wird.**

Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Nummer 174 vom 29. Juli 1894 Hauptblatt:
 „Die Herren Bierringler geben sich der Hoffnung hin, wenn sie nach einiger Zeit mit den Arbeitern Frieden schließen, würde Alles sofort in den Zustand vor dem Boykott zurückkehren und würden insbesondere die alten Kunden sich sofort wieder einstellen, um der lange entbehrten Gnade und Wohlthat des Ringbieres ungefümt theilhaftig zu werden. — Das ist eine sehr falsche Auffassung der Dinge! Nun, die Herren Bierringler dürfen überzeugt sein, in jedem Falle werden ihre Hoffnungen unerfüllt bleiben, **die Arbeiter haben ein gutes Gedächtniss!** Sie vergessen nicht die Streiche, die ihnen die Feinde gespielt, nicht die Dienste, die ihnen die Freunde geleistet haben. Wenn die Herren Bierringler glauben, diejenigen Brauereien, die in diesem Boykott zu uns stehen, nach einem etwaigen Friedensschluß durch erdrückende Konkurrenz niederwerfen und ihnen die während des Boykotts erworbene Kundschaft rasch wieder abjagen zu können, so haben sie ohne die Berliner Arbeiter gerechnet.“

Wir hegen die Ueberzeugung, daß die Arbeiterschaft Berlins und Umgegend der in diesem Artikel ausgedrückten Auffassung des „Vorwärts“ Rechnung tragen wird!

Das Münchener Brauhaus hat sämmtliche Arbeiterforderungen **zuerst erfüllt, sich auch stets von den Bestrebungen des Bierringes ferngehalten, und glauben wir deshalb, berechtigt zu sein, an die Arbeiterschaft Berlins und Umgegend die Bitte richten zu dürfen, ferner Konsumenten unseres Bieres zu bleiben.**

Münchener Brauhaus Act.-Ges.

Versammlungen.

Im Berliner Arbeitervertreter-Verein gelangte in der am Dienstag abgehaltenen Monatsversammlung die Petition zur Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz nochmals zur Beratung. Dähne begründete in einem ausführlichen Referat die vorgeschlagenen Änderungen und bemerkte, daß dem Reichsamt des Innern und dem Bundesrat die Petition bereits zugegangen sei; man habe sich bei der Formulierung der Wünsche lediglich von der zehnjährigen Erfahrung leiten lassen, auf die inzwischen von der Presse bekannt gegebenen Änderungsvoor schläge der Regierung konnte man kein Gewicht legen, da diese aller Wahrscheinlichkeit nach doch nicht in dieser Form an den Reichstag gelangen würden. Man will jedoch den Verschlechterungen die von den Berufsvereinigungen und event. von den Regierungen geplant werden, dadurch entgegen arbeiten, daß man den Abgeordneten die Wünsche der Arbeiter direkt übermitteln. Die Versammlung erklärte sich nach kurzer Diskussion mit dem Verfahren der Kommission einverstanden.

Das Vorgehen der Gewerbe-Deputation gegen die Krankenkassen war Gegenstand einer sehr lebhaften Debatte, in welcher das Verfahren der Behörde an der Hand der Bestimmungen des Krankenversicherungs-Gesetzes als unzulässig und ungeschicklich bezeichnet wurde. A. H. M. nahm Gelegenheit, auf den Widerspruch hinzuweisen, der sich darin zeige, daß man solche Kassen, die — nach Ansicht der Gewerbe-Deputation — ungeschickliche Abschlüsse mit den Ärzten schon getroffen haben, nicht bebelige, sondern sich die Bedingungen, welche diese Verträge erst abzuschließen gedachten. Nach Ansicht des Redners liegt die Triebfeder zu dieser Stellungnahme bei den Vorständen, die, Gegner der freien Arztwahl, recht erfreut sind, daß ihnen die Gewerbe-Deputation eine solche Brücke baut. Der Vertreter der Ortsklasse der Graveure, Herr Ludwig, habe

ganz ungeniert den Assessor Dr. Meyer in einer Sitzung vor einiger Zeit angefleht um Hilfe gegen das Drängen der Mitglieder nach freier Arztwahl. (Hört, hört!) Wie weit die genannte Behörde berechtigt war, sich mit ihrem Verfahren gegen die 8 Kassen auf die Entscheidung des Oberpräsidenten und des Ministers zu stützen, ergebe sich zum Teil aus der Antwort des ersteren auf die Beschwerde des Vereins der freigewählten Kassenärzte. Das betr. Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Oberpräsident
der
Provinz Brandenburg.

D. P. Nr. 5.

Auf die Eingabe vom 20. v. M., betreffend den Abschluß von Verträgen zwischen dortigen Orts-Krankenkassen und dem Verein der freigewählten Kassenärzte, erwidere ich dem Vorstand ergebenst, daß ich den dortigen Magistrat ersucht habe, von der Durchführung der an einzelne Kassenvorstände zu Protokoll eröffneten Verfügung vom 18. v. M., gegen welche zunächst in formeller Beziehung Bedenken erhoben werden können, einstweilen noch Abstand zu nehmen und die Angelegenheit einer erneuten Erwägung zu unterziehen. Ich will aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß ein genügender Ausgleich zwischen den widerstrebenden Interessen der auf freie Arztwahl hindringenden Kassenmitglieder einerseits und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kassen andererseits bisher in Berlin nicht erreicht worden ist. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung und Arzneimittel, sowie die Zahl der Krankentage sind während der letzten Jahre derartig gewachsen, daß nicht nur viele Kassen zu der unerwünschten Herabsetzung der Leistungen auf das gesetzliche Mindestmaß gezwungen wurden, sondern auch das finanzielle Befinden mancher Kassen überhaupt gefährdet wird.

Der Magistrat erfüllt nur seine Pflicht als Aufsichtsbehörde,

wenn er mit meiner vollen Unterstützung auf eine Verminderung dieser Kosten Bedacht nimmt.

Die Anlagen der Eingabe folgen zurück mit Ausnahme des Vertragsentwurfes.

Der Ober-Präsident, Staatsminister.

A. H. M. B. C.

Hierzu sei zu bemerken, führte der Redner weiter aus, daß von den 27 Ortsklassen, welche im vergangenen Jahre mit Defizit arbeiteten, nur 7 die freie Arztwahl durchgeführt haben. Ob aber gerade von Sparsamkeitsrücksichten, die in der Antwort als maßgebend hingestellt werden, die Gewerbe-Deputation sich leiten lasse, mißte man bezweifeln, denn sie habe nichts dergleichen gegen eingewendet, daß der Verein der Berliner Kassenärzte sich dasselbe Honorar (drei Mark pro Kopf und Jahr) von der Kasse der Strumpfwirker zum Beispiel zahlen lasse, was bisher die freie Arztwahl kostete. Daß es ein schwerer Fehler von Seiten der Vorstände gewesen sei, diese Verfügung ohne Protest hinzunehmen, wurde von allen noch folgenden Rednern, Buchholz, Symonowitsch, Haber etc. bestritten. Der letztere regte an, die Gewerbe-Deputation für den den einzelnen Kassen verursachten Schaden regreßpflichtig zu machen. Den Beschluß der Debatte bildete die Annahme einer Resolution, welche lautet: „Die Versammlung protestiert energisch gegen das Vorgehen der Gewerbe-Deputation betreffend die Krankenkassen mit freier Arztwahl; sie erachtet diese Eingriffe in die Rechte der Mitglieder als nicht im Interesse des öffentlichen Wohles liegend und hält dieselben, weil nicht durch die gesetzlichen Bestimmungen begründet, für unzulässig.“ — Der Vorstand des Vereins wurde ermächtigt, alle erforderlichen Schritte zu thun, damit bei den im Laufe des Jahres erforderlichen Wahlen zur Alters- und Invaliditätsversicherungs-Aussicht nur solche Personen in Vorschlag gebracht werden, die das Vertrauen der Arbeiter nach jeder Richtung hin verdienen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 11. Januar.
Opernhaus. Hänsel und Gretel. Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Der gehörnte Siegfried. Siegfried's Tod.
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. Der Raub der Sabinerinnen.
Leistung-Theater. Nach dem Wandort. Ein goldenes Herz.
Neues Theater. Andra.
Präsident-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Welliebach.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Orpheus.
Schiller-Theater. Prinz Friedrich von Homburg.
Theater Unter den Linden. Der Vogelwandler.
Reinhold-Theater. Oskel Wally.
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps.
Alexanderplatz-Theater. Privatlogis. Hierauf: Die Direktrice.
National-Theater. Undine, die Fürstin der Wellen.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Saunemann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne
Sonntag, den 13. Jan. (1. Abtheilung.)
Lustspiel: „Die zärtlichen Verwandten“.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.
Sonntag, den 12. Januar, abends 8 Uhr: Hans Sachs. Burgruin.
Sonntag, den 13. Januar, mittags 12 Uhr: Matinee zum Besten des Kaiser u. Kaiserin Friedrich Krankenhauses. (Anschaffung von Heilkräutern.)
Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.
Dichter-Abende im Bürgerlaale des Rathhauses, Abends 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male: Heinrich Heine-Abend.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Undine, die Fürstin der Wellen.
Großes Ausstattungstück mit Gesang in 4 Akten und einem Vorspiel von Wollheim. Neu bearbeitet von Dr. Ed. Jacobssohn. Musik von G. Michaelis.
Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag, den 12. Januar: Gastspiel des Fräulein Helene Falke und des Hrn. Willy Meyer vom Stadt-Theater in Dortmund. **Rabale und Liede.**
Sonntag: Abend-Vorstellung. So sind sie Alle! Poffe mit Gesang in 3 Akten von W. Mannstädt und H. Keller.

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grotteskfänzerin
Miss Rose Batchelor
vom Prince of Wales-Theater in London.
Zum 15. Male:
Ein fideles Corps.
Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonas Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Infolge des großen Zudrangs bleibt die Kasse von Vormittags 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Emil Thomas a. G.
Anna Blokers. Josefina Dora.
Zum 130. Male:

O, diese Berliner!

Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Julius Eindehoffer.
Anfang 1/28 Uhr.
Morgen:
O, diese Berliner!

Passage-Panopticum.

Neu! Neu!
I. Prof. Frdr. Schwinge's
Wandernde
Lichtbilder.
II. Das Lied
von der Glocke
in 15 lebenden Bildern
mit transparentem
Hintergrund.
Musik von Romberg.
Der Meister: **Rob. Biberti**
vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!
Die Tiefen des dunkeln Erdheils:
Die Dinka,
40 Männer, Frauen u. Kinder.
Das scheckige Mädchen Marietta.
Weihnachts-Ausstellung

Kaufmann's Variété.

Das neue
Carneval-Programm.
Kolossaler Lach-Erfolg.
Der Mord
aus Liede.
Die Litzfahnen-Ankleber.
Urkommische Burlesque.
Auf zur Jagd!
Imitation von Duo Grasse.
16 Glanz-Nummern
Naucke kommt!

Urania

Anstalt für volksthümliche
Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Ben-Jeden Sonntag

Nachmittags
Familienvorstellung.
Orientalische Ali-
zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's
Wunder.
Täglich Anfang 1/8 Uhr.

Circus Renz

Caristrasse.
Freitag, den 11. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Romiker-Vorstellung.
Humor! Witz! Lärm!
Auftreten sämtlicher Clowns und des „August“ Mr. Lavater Leo in ihrem wirkungsvollsten Entree. Außerdem: Der olymp. braune Hengst Edinburgh. Hierauf: Prinz Karneval und sein Gefolge, vorgef. von Herrn R. Renz. Great Hurdle-Race ger. von Damen u. Herren mit 20 Vollblut-Springpferden. Drittes Auftreten des Herrn Gustav Hüttemann (als Gast) mit seinem von ihm selbst dressirten Schulpferde „Cincinatus“. Auftreten der Herren Vasiliska und Hanola am dreifachen Rock. Zum Schluss:
Tjo Ni En.
(Beim Jahreswechsel in Peking.)
Neue Musikinstrumente, sensationelle Tänze.
Sonabend: Tjo Ni En.
Sonntag, den 13. Januar: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: Romiker-Vorstellung (ermäßigte Preise). Die lustigen Heidebörger. Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Circus G. Schumann.

Nur noch kurze Zeit!
Friedrich Karl-Ufer.
Texas Jack's American
Prairie Life-Show.
Täglich, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.

Seefeld's Festspiele

für Vereine, Hochzeiten und Gesellschaften empfiehlt **R. Buske**, Grenadierstr. 33, Winter-Regelbahn vorhanden. 2006

Altes Schützenhaus.

Linienstr. 5.
Gasglühlicht. Neu decorirt.
Empfehl. seine Säle zu allen Festlichkeiten und Versammlungen.
Sonabend, der 23. Februar, ist noch zu vergeben. 1907b

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20
Säle und Vereinszimmer
von 20-600 Personen.

Achtung! Achtung!

16 grosse öffentliche Volks-Versammlungen

am Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr,
in folgenden Lokalen:

1. Wahlkreis: Röllig, Neue Friedrichstraße 44.
2. Wahlkreis: Möhring, Admiralstr. 18c. Zubeil, Lindenstr. 106. Specht, Markgrafentstr. 83.
3. Wahlkreis: Louisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37. Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
4. Wahlkreis (Süd-Ost): Renz Ballsalon (Henke), Raunynstr. 27. (Osten): Keller's Festsäle, Koppenstraße 29.
5. Wahlkreis: Grundel, Brunnenstraße 188.
6. Wahlkreis: Reichert's Festsäle, Müllerstr. 7. Colberger Salon, Colbergerstraße. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 35. Schneider's Gesellschaftshaus, Belforterstraße 15. Kelle, Schönhauser Allee 26.

Friedrichsberg: Schneider's Gesellschaftshaus, Proskauerstr. 28.

Pankow: Buge's Vereinshaus, Schulzestr. 27.

Tages-Ordnung:

Die Umsturzvorlage.

Referenten: Auer, Bebel, Buob, Frohme, Fischer, Gerisch, Geyer, Herbert, Klees, Liebknecht, Meister, Pfannkuch, Reisshaus, Singer, Schmidt, Wurm, Zubeil.
Zur Dedung der Unkosten findet Zellerfassung statt.

Fachverein der Klempner.

Am Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Hauermann, Adalbertstraße 8:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Kommissionen. 1. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Kommissionen. 3. Abrechnung vom Vergangenen. 4. Verschiedenes. 1897
Es wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederjuristen

Berlin (G. H. Nr. 50).

General-Versammlung

am Sonntag, den 20. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Feind, Weinstraße Nr. 11.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Revisionsbericht. 3. Wahl des Kassirers. 4. Wahl des 2. Vorstehers. 5. Wahl des Kontrolleurs. 6. Wahl der Erfahrmänner. 7. Geschäftliches. 1893
Der Vorstand.

Spezial-Geschäft

für Mehl und Hülsenfrüchte, sämtliche Kolonial- und Backwaren, Vogelfutter.
A. Gauert, N., Oderbergerstrasse 7.

Achtung, Maurer!

Große einheitliche Generalversammlung
sämtlicher Maurer Berlins
am Sonntag, den 13. Januar, vormittags präzis 10 Uhr, im
Konischenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Lux** über: „Klassenkämpfe vor drei-
hundert Jahren“. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten und dessen Stell-
vertreter in die Gewerkschaftskommission.
Kollegen! Da infolge der Beauftragung der Mandate unserer Dele-
gierten durch den geschäftsführenden Ausschuss der Gewerkschaftskommission
eine Neuwahl nötig ist, so eruchen wir Euch, recht zahlreich und pünktlich
in dieser Versammlung zu erscheinen.
188/19

Die Einberufer.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Sonntag, den 13. Januar, Vormittags 11 Uhr, im Lokal
des Genossen **Wille, Andreasstr. 26:**
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über: „Das moderne
Haudbittertum“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.
4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Neue Mitglieder werden auf-
genommen. Um regen und pünktlichen Besuch bittet
80/9

Der Vorstand.

Charlottenburg.

Am Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, im
Lokale „Bismarckhöhe“, Wilmersdorferstr. 39:
Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Umsturzvorlage. Referent: Reichstagsabg.
Genosse **Zubeil-Berlin**. 2. Diskussion.
Es erwarten zahlreichen und pünktlichen Besuch
Die Vertrauensleute.

Achtung! Stralau. Achtung!

Am Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, im
„Schweizerhäuschen“, Markgrafendamm 19:
Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die politische Lage“. Referent Stadtverordneter
Genosse **Th. Metzner**. 2. Diskussion. 3. Bericht der Lokalkommission.
257/27

Die Vertrauensperson.



Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche **Mark 1,25**
Carl Mampe
Berlin, Veteraniensstr. 24.
Überall zu haben!

Stenographie.

Neue öffentliche Lehrgänge in der ganz vereinfachten „Kreuzschien“
Vollstufenschrift beginnen am 123/2
Montag, den 14. d. M., im Restaurant **Moths**, Buttmanstr. 17.
Dienstag, „15. „ „ „ **Wählh.**, Adalbertstr. 4.
Mittwoch, „16. „ „ „ **Swejack**, Langestr. 65.
do, „16. „ „ „ **Seidler**, Rattiborstr. 16.
Der Unterricht beginnt 9 1/2 Uhr abends, und wird unentgeltlich erteilt.
Lehrmittel 1,25 M. Damen und Herren sehr willkommen.
Anleiter-Stenographen-Verein „Eintracht“.

Achtung! Theils allen Freun-
den und Genossen
hierdurch mit, daß ich das Lokal von
Fr. Weber, Landsbergerstr. 41,
in Vertretung übernommen habe.
Herm. Bolze.

Ein Vereinszimmer ist noch z. vergeben.
Ein Vereinszimmer, 30—40 Pers.,
zu vergeben Barnimstr. 3. 21085

Eine gute Gastwirtschaft mit
voller Konzession ist sofort billig wegen
anderer Unternehmen zu verkaufen.
Miethe 1100 M., mehrere Jahre Kon-
trakt. Näheres bei **Kasulko**, Zigarren-
laden, Brunnenstr. 198. 21076

Gesang-Verein! [14578*
Or. Vereinszimmer Mittwoch, Donners-
tag, Freitag frei. Neue Hochstr. 49.

Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß mein lieber
Mann, der Tischlermeister
Wilhelm Köther
am 7. Januar nach dreijährigem,
schwerem Leiden im 40. Lebensjahre
sanft entschlafen ist. 21086
Die trauernde Wittwe
Ernestine Köther, geb. Scholz.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 13. Januar, nachm. 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Krankenhauses am
Urban aus nach dem Thomas-Kirch-
hofe statt.

Todes-Anzeige.

Allen Genossen und Freunden
die traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau **Pauline**, geb. Böhm,
am 9. d. M. plötzlich am Gehirn-
schlag verstorben ist. 21026
C. Kessner, Schankwirth.
Die Beerdigung findet Sonntag
nachmittags 2 1/2 Uhr vom Trauer-
haus Brunenwaldstr. 110 aus statt.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem die traurige Nachricht, daß
am 9. d. M. meine liebe Frau
Auguste Kargo, geb. Neumann,
an den Folgen der Entbindung ge-
storben ist. 14592
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 13. d. M., nachm. 3 Uhr, von der
Chorite, Louisestraße am neuen Thor,
aus statt.
Um stille Beileid bittet
Emil Kargo, Lithogr.-Steinschleifer,
Russenstr. 21.

Kranken- u. Begräbnis-Kasse der Buchbinder

u. verw. Ferngenossen zu Berlin.
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 24.)
Sonntag, den 20. Januar 1895,
vorm. 10 Uhr:

General-Versammlung
in den Granien-Hallen,
Nr. 51, Oranienstraße Nr. 51.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht pro 4. Quartal 1894.
2. Jahresbericht pro 1894.
3. Bericht des Vorstandes und An-
trag des Mitgliedes **Randel**.
4. Sachverständigen-Gutachten betr.
5. Kassenangelegenheiten.
Pünktlich jedes Mitgliedes ist es, pünkt-
lich zu erscheinen. 15/14
F. Freundelohr, Bruno Gröblöcher,
Vorstand, Kassirer,
Bismarckstr. 18, I. Wasserthorstr. 14c.

Spandau.

Am Sonntag, den 12. Januar,
abends 8 Uhr, findet eine
Öffentliche

Volksversammung
für Männer und Frauen
im Lokale der Pichelsdorfer Brauerei
statt. 123/1

Tages-Ordnung:
1. Unsere gegenwärtige politische Lage
und die Umsturzvorlage.
Referent: **J. Wernau** - Berlin.
2. Diskussion.
Der Vertrauensmann.

Täglich, auch Sonntags Vorm. von
7—9 Uhr:

Verkauf von gekochtem
Rind- u. Schweinefleisch
à 30—40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt
Central-Viehhof.

Milchfäbel, Kannen, Saiten, Waage,
Siebe, Tafelwaagen,
Lampen, Nähapparate, Buttermaschinen
Butterknetter, Drehrollen.
Jordan, Al. Markussstr. 28.

Freie Volksbühne.

Infolge des dringenden Wunsches vieler Mitglieder findet am Sonntag,
den 13. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im National-Theater eine
Extra-Vorstellung
statt. Zur Aufführung gelangt zum 8. Male:
Hildegard Scholl. Vorher: Ehrenschilden.
Mitwirkende in den Hauptrollen: Gertha Arco, Clara Drucker,
Anna Kocher, Robert Wan, Max Samst, Julius Wessels, und des
Gesangvereins „Sensfelder“.
Avis! Die Mitglieder des Gesangvereins werden höflich ge-
beten, bei dieser Vorstellung mitzuwirken und sich zur gewöhnlichen
Stunde einzufinden.
Extraktarten à 1 M. werden von 1 1/2 Uhr im Tunnel des Theaters
verkauft.
Die Mitglieder werden nun, da der unterzeichnete Vorstand
ihrem Willen nachgegeben ist, dringend ersucht, für einen regen
Besuch der Vorstellung Sorge zu tragen.
Am selben Tage im Vesting-Theater nachm. 2 1/2 Uhr (5. Abtheilung):
Der Traum ein Leben.

Zu allen Abtheilungen können einige Mitglieder aufgenommen
werden, doch nur gegen einen Ausweis, der bei dem Unterzeichneten zu
haben ist.

Der Vorstand der Freien Volksbühne.
294/19 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Neu! Für nur M. 6.— (Fabrik-
preis) verl. 1 brillante, extra
solid gebaute Konzert-Zug-
harmonika mit 10 Tönen,
2 Registerzügen, 2 doppelten Bassen,
vollständ. ff. Ritzelbehl. u. Zuhalter,
ff. Ausstatt., starke, breite, unzerbrech-
l. pat. Zungen, schöne, volle, doppel-
chörige Orgelmusik, groß u. weit aus-
ziehbares Klappen-Doppelbalg, jede Falte
ist mit Stahlschuhdecken versehen, wo-
durch Beschädigung unmöglich. Wirklich
großes, aus bestem Material gearbeitetes
Pracht-Instrum. (keine fogen. Export-
oder Marktwaare). Jeder Käufer erh-
auch eine neue praktische Schule zum
Selbstlernen umsonst, wonach gleich
die schönsten Lieder, Tänze, Märche,
Choräle u. gespielt werden können.
Umtausch gestattet. Garantieschein
wird beigelegt.

O. C. F. Miether,
Hannov. Harmonika- u. Musikinstr.-
Fabrik in Hannover B, Semmerstr. 5.
NB. Allen werthen Bestellern gebe
noch 1 U. Musikinstr. umsonst, nur
damit sie sich von der Güte u. Preis-
würdigkeit meiner Fabrikate überzeugen
sollen. D. D.

Bureau für Unfall-Prozesse
von **Dr. jur. Richard Lehmann**,
Lützowstr. 102, I. — Sprechstunde:
morgens 8—10 Uhr, abends 6—8 U.
Gelaufen werden Lachtauben, Lang-
mäuse, weiße Mäuse, Kaninchen, Meer-
schwein, Vögel, Tauben, Ratten, auch
Verlauf. **Redtmann**, Radialstr. 2,
am Schief. Bahnhof. 20625*

Achtung!
Zahneria, auch Zahnzähl., wöchentl.
1 Mark, Gudel, Kaufinger Platz 2,
Eiffelstr. 12.

Möbel-Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200—1000 M. Theilzahlung ge-
stattet. Elegante Kuchbaum- u. Maha-
goni-Kleiderständer u. Vertikows 30 M.,
einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit
Matratze 20 M.; Waschtisellen, Küchen-
spinden, Kommoden 12 M.; Stühle 8 M.;
Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaux
65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.;
Paneelsophas 80 M.; Buffets, Silber-
schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-
sekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel
(wenig gebrauchte) zu halben Preisen
und sollte es Niemand versäumen, wer
gut und reell kaufen will, mein großes
Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel
werden bis April kostenfrei aufbew-
ahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbel-Fabrik.

Verrins-Saal Chausseest. 72.
bindet gut u. zu solid. Preisen
Ford Kleinert, W. Ligo-
straße 113. Aufträge p. Karte hole ab.

Musik-Instrumente
in allen Preislagen. Fantasie-Gegen-
stände, Kinder-Instrumente billig bei
J. Howe & Co.,
16566 8 Andreassstraße 3.

Mollendorferstr. 20 sind Wohnungen
zu 150—250 M.
sof. oder später zu verm. 20636*

Prinzenstr. 13, 1 Treppe, eine
Ladener-Werkstatt sof. zu vermieten.

Swinemünder-Straße 45
sehr billige freundliche Wohnungen,
Stube und Küche von 160 Mark an.
Näheres beim Verwalter. 21035

Arbeitsmarkt.
Musikinstrumenten-Arbeiter-
Streik!
Die Kollegen der Piano-Fabrik von
Görs & Kallmann
haben infolge Maßregelungen und
Lohnforderungen die Arbeit nieder-
gelegt. Tuzug ist strengstens fern-
zuhalten.
198/13 Die Lohnkommission.

Achtung, Tischler!
Zuzug u. d. Rückenmöbel-Fabrik von
Oskar Springer,
Generalstraße 8, Weichensee,
ist unbedingt fern zu halten. 143/19*
Die Kontrollkommission.

Dirigent 21046
sucht Mittwoch Gesangverein (M.-S.-V.)
nach Weige. Persönl. Meldung Son-
tag, den 13. Januar, abends 6—8 Uhr,
bei **Lottke**, Schwedenstr. 2.

Für die hiesigen Leser liegt
der heutigen Nummer unseres
Blattes die gestrige Gewinnliste
der preuss. Lotterie bei.

Empfehle
25 Stk. Cigarren 1 M., 100 von 3,50 M.
an, eig. Fabrikat, rein amerik. Tabak.
Kippen à Pfd. 35 Pf., 2 Pfd. 65 Pf.
C. Wolsdorf,
Wasserthor-Straße Nr. 20.
Alte Stiefel v. 1 M. an, Sohlen
u. Flecke v. 2 M. an.
Kunze, Rindenbergstr. 178. [21096

billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22. **W**
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

In Roh-Tabaken
und Utensilien für
Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22. **W**
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Empfehle
25 Stk. Cigarren 1 M., 100 von 3,50 M.
an, eig. Fabrikat, rein amerik. Tabak.
Kippen à Pfd. 35 Pf., 2 Pfd. 65 Pf.
C. Wolsdorf,
Wasserthor-Straße Nr. 20.
Alte Stiefel v. 1 M. an, Sohlen
u. Flecke v. 2 M. an.
Kunze, Rindenbergstr. 178. [21096

Bräuerei Pichelsdorf

Telephon: Amt Spandau Nr. 13. Telephon: Berlin Amt VI Nr. 1116.
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere. 13456*

Lagerbier, hell,
Exportbier, dunkel,
Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.

Keulante Preise. Niederlage: Berlin, Königin-Augustastr. 1,
am Hasenplatz, Ringbahnbogen 1—8. Prompteste
Bedienung.